**Deutscher Bundestag**
**8. Wahlperiode**

**Drucksache 8/3644**

08. 02. 80

# Fragen

## für die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

## am Mittwoch, dem 13. Februar 1980

---

Seite



Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) 61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 363551

# A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

## Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

1. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Welche unmittelbaren Maßnahmen sind von der Bundesregierung getroffen worden, um nach der Verschleppung eines Deutschen durch „DDR"-Grenzsoldaten am 22. Januar 1980 an der Demarkationslinie bei Lübeck weitere kriminelle Übergriffe auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland durch „DDR"-Grenzsoldaten zu verhindern?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

2. Abgeordnete **Frau Benedix-Engler** (CDU/CSU)

Welcher Elternwille soll nach Meinung der Bundesregierung dann Gültigkeit haben, wenn die Gruppe, die das gegliederte Schulsystem will, und die, die Einführung der integrierten Gesamtschule will, zahlenmäßig annähernd gleich sind, die Kinderzahl aber ein Nebeneinanderbestehen beider Schulsysteme ausschließt?

3. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, einen Modellversuch „Energiesparen im Studentenwohnheim" durchzuführen, und falls ja, wie rechtfertigt die Bundesregierung diesen Versuch trotz der zahlreich vorliegenden Ergebnisse ähnlicher Versuchsreihen im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau?

## Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter **Graf von Stauffenberg** (CDU/CSU)

Treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Pressemeldungen zu, wonach die Sowjetstreitkräfte gegen Bevölkerung und Freiheitskämpfer in Afghanistan Nervengas einsetzen?

5. Abgeordneter **Graf von Stauffenberg** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung spezifische Hilfsmaßnahmen, auch medizinischer Art, bereit, um Opfern von Gasangriffen in Afghanistan wirksam Beistand leisten zu können?

6. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung die rechtliche und politische Situation von Kriegsdienstverweigerern in dem künftigen EG-Mitgliedsland Griechenland bekannt, die dazu geführt hat, daß z. Z. 96 junge Männer – laut Angabe Amnesty International – deshalb in griechischen Gefängnissen sitzen, weil sie aus religiösen Motiven den Militärdienst verweigert haben, und wie vereinbart sie ihre Zustimmung für die Aufnahme Griechenlands in die EG trotz des für alle Mitgliedstaaten verbindlichen Artikels 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie der Resolution des Europarats Nr. 337, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung betreffend, von 1967?

7. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Welche Hinweise zur Erhellung des Verschwindens des litauischen Sportlers W. Cesiunas aus der Bundesrepublik Deutschland hat die Bundesregierung aus früheren Fällen der Verschleppung sowjetischer Bürger gewonnen, von denen in der Presse berichtet wird?

8. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung getan oder was wird sie tun, um festzustellen, in wieviel Fällen und unter welchen Umständen sowjetische Bürger oder Bürger anderer sozialistischer Länder aus der Bundesrepublik Deutschland in Ostblockstaaten verschleppt worden sind?

9. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Rechtsauffassung, daß die Sowjetunion mit ihrer Aggression gegen Afghanistan den deutsch-sowjetischen Vertrag vom 12. August 1970 verletzt hat, in dem sich die Sowjetunion völkerrechtlich bindend verpflichtet hat, „zur Festigung des Friedens in der Welt beizutragen“ (Präambel), „den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten“ (Artikel 1, Abs. I) und „sich in Fragen, die die internationale Sicherheit berühren, der Drohung mit Gewalt oder Anwendung von Gewalt zu enthalten“ (Artikel 2)?

10. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Mitteilungen von Dr. Kurt Birrenbach, der seinerzeit mit Zustimmung des Bundestags als einziger Abgeordneter die gesamten Verhandlungsprotokolle zum Moskauer und Warschauer-Vertrag durchzusehen hatte, im NDR III-Interview vom 27. Dezember 1979 bestätigen oder dementieren, daß für eine Verhandlungsphase beim Moskauer Vertrag keine Akte existiere, weil der damalige Staatssekretär Bahr ohne Instruktionen des Kabinetts allein verhandelt habe, und daß Bahr nach Rücksprache mit dem damaligen Bundeskanzler Brandt vorgeschlagen habe, „Hören Sie mal, wir vernichten die ganzen Akten!“?

11. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der damalige Staatssekretär und heutige Bundesgeschäftsführer der SPD, Bahr, dem früheren CDU Bundestagsabgeordneten Birrenbach im Zusammenhang mit den Ostverträgen seinerzeit nach Absprache mit dem damaligen Bundeskanzler und heutigen SPD Vorsitzenden Brandt den Vorschlag gemacht hat, Materialien zu den Ostverträgen – etwa 12 oder 14 Aktenordner – zu vernichten, sieht die Bundesregierung gegebenenfalls in diesem Verhalten von Brandt und Bahr ein rechtlich und politisch einwandfreies Verfahren in der Behandlung von amtlichem Schriftgut, und sind die Materialien inzwischen ganz oder teilweise vernichtet worden?

12. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das quantitative und qualitative militärische Engagement der DDR auf dem afrikanischen Kontinent?

13. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung insbesondere Erkenntnisse darüber, welche Waffengattungen, Truppen, bzw. Truppenteile oder welches Militärpersonal bzw. Angehörige des Staatssicherheitsdienstes in afrikanischen Staaten zum Einsatz kommen oder gekommen sind?

| | |
|---|---|
| 14. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, in welcher Weise diese DDR-Kontingente tätig geworden sind, insbesondere darüber, ob und wo sie direkt oder indirekt an Kampfhandlungen teilgenommen, diese mit vorbereitet oder unterstützt haben? |
| 15. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Aktivitäten des DDR-Staatssicherheitsdienstes beim Aufbau des staatlichen Überwachungsapparats in afrikanischen Staaten nach kommunistischem Muster sowie bei der Einrichtung und Führung von Gefängnissen, Straflagern, „Umerziehungslagern" usw.? |
| 16. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU) | Handelt es sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung bei dem militärischen Engagement der DDR in Afrika um einen eigenständigen Beitrag oder um den Bestandteil einer von der Sowjetunion gesteuerten bzw. koordinierten Aktion? |
| 17. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welchem Umfang afrikanische Guerillakämpfer in der DDR militärisch ausgebildet werden? |
| 18. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU) | Verfügt die Bundesregierung über Informationen, wonach die DDR direkt oder indirekt an der sowjetischen Besetzung Afghanistans beteiligt ist bzw. im Rahmen dieser Besetzung besondere Aufgaben erfüllt oder beteiligt werden soll? |
| 19. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das militärische Engagement der DDR in Ländern der Dritten Welt dem deutschen Ansehen weltweit großen Schaden zufügt, zumal gerade die Bewohner der Dritten Welt nicht immer scharf zwischen Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland und Deutschen aus der DDR unterscheiden? |
| 20. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, gegenüber der DDR mit Nachdruck vorstellig zu werden, weil durch das militärische Engagement der DDR in der Dritten Welt erneut Gewalt von deutscher Seite ausgeht, wodurch das deutsche Ansehen insgesamt schwer geschädigt wird? |
| 21. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU) | Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß die DDR in afrikanischen und asiatischen Ländern Angehörige der Nationalen Volksarmee, der Volkspolizei oder anderer Sicherheitsorgane als Berater, Instrukteure, Aufpasser oder unmittelbare Helfer zur militärischen oder sonstigen Unterstützung der jeweiligen Regime unterhält, und was hat die Bundesregierung seither konkret unternommen, um die deutsche und die Weltöffentlichkeit über diese Aktivitäten zu informieren? |
| 22. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung die Fragen der Afrikapolitik, besonders den Einsatz von Militärberatern oder den von FDJ-Brigaden in Afrika zum Thema ihrer Gespräche mit der Regierung der DDR gemacht, und welches sind die Ergebnisse dieser Gespräche? |
| 23. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU) | In welchen Staaten außerhalb des Ostblocks gibt es Militärattachés der DDR und gleichzeitig oder überhaupt nicht Militärattachés der Bundesrepublik Deutschland? |

24. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie ist Artikel 1 des Moskauer Vertrags von 1970, „Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtigstes Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen", auf Grund des Überfalls der Sowjetunion auf Afghanistan am 27. Dezember 1979 zu verstehen?

25. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Sind nach Kenntnis der Bundesregierung Presseveröffentlichungen zutreffend, daß die Sowjetunion dabei sei, entlang der Küste Südjemens U-Boot-Bunker anzulegen, und wenn ja, welche Auswirkungen werden diese Basen auf die maritimen Fähigkeiten der Sowjetunion im Indischen Ozean, in der Arabischen Bucht und im Persischen Golf haben?

26. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Beschluß des NATO-Ministerrats im vergangenen Dezember, der Bedrohung Europas durch die Stationierung modernster sowjetischer Mittelstreckenraketen in Warschauer-Pakt-Staaten durch eine angemessene Nachrüstung zu begegnen, die Sowjetunion in ihrer Analyse bestätigt hat, daß die USA „den kalten Krieg, wenn schon nicht wollen, so doch in Kauf nehmen", und bei der Sowjetunion den Ausschlag dafür gegeben hat, das „Afghanistan-Risiko" einzugehen?

27. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Treffen Zeitungsmeldungen darüber zu, daß junge Afghaner, die vom deutschen pädagogischen Austauschdienst ein einjähriges Stipendium für die Bundesrepublik Deutschland bekommen haben, auf Anforderung der Deutschen Lufthansa ihr Flugticket wieder zurückgeben mußten?

28. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Geschah dies, falls das zutrifft, auf Anordnung deutscher Behörden?

## Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

29. Abgeordneter **Dr. Ritz** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der niedersächsischen Landesregierung, daß unter Wahrung der entsprechenden Voraussetzungen Lingen/Ems ein geeigneter Standort für die Errichtung eines neuen Kernkraftwerks von 1300 MW ist?

30. Abgeordneter **Dr. Ritz** (CDU/CSU)

Entspricht das in Frage 29 angesprochene geplante Projekt dem Energieprogramm der Bundesregierung?

31. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Welche Antwort gibt die Bundesregierung nach dem jetzigen Stand der Kenntnis auf meine beiden Anfragen vom 8. November 1979 betreffend das Austreten eines Insektizids auf Phosphorbasis am Abend des 7. November 1979 vom Gelände der Bayer-Werke in Dormagen?

32. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Ergibt sich bei Stellenausschreibungen durch Bundesbehörden aus dem Text der Ausschreibung mit hinreichender Deutlichkeit, daß die Stelle sowohl männlichen als auch weiblichen Bewerbern offensteht?

33. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wie viele der in der Beantwortung der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Erhard, Spranger und der Fraktion der CDU/CSU (Drucksachen 8/3526, 8/3611) in der Antwort zu Fragen 4 und 5 genannten sieben Beamten, gegen die Vorermittlungen im Gange sind, drei Beamten, bei denen die Vorermittlungen abgeschlossen sind, sowie neun Beamten, gegen die ein förmliches Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, gehören der NPD/JN und wie viele der DKP/SDAJ an?

34. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Was versteht die Bundesregierung unter „objektiven und subjektiven Voraussetzungen" für ein Dienstvergehen wegen Verletzung der politischen Treuepflicht?

35. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Bemühungen einer „Privatinitiative für Kunst", die die „Lebens- und Entwicklungsbedingungen für moderne bildende Kunst in der Bundesrepublik Deutschland durchgreifend verbessern (will)", und deren daraus resultierender Forderungskatalog bekannt, und wie beurteilt die Bundesregierung die steuerpolitischen Forderungen und die Ausdehnung der Steuerprivilegien der Wissenschaft und Bildung auch auf den Kunsterwerb?

36. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Sieht sich die Bundesregierung veranlaßt, auf Grund der in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Datenherausgabe von Elektrizitätsversorgungsunternehmen an Bundesbehörden, Schlußfolgerungen bei der Nivellierung des Bundesdatenschutzgesetzes zu ziehen?

37. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Stellt die Bundesregierung bei den bekannt gewordenen sowie vergleichbaren Fällen definitiv sicher, daß die durch Ermittlungsmaßnahmen erlangten Daten nach Kenntnisnahme vernichtet bzw. zurückgegeben werden?

38. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung ihre in der Drucksache 7/3898 vom 29. Juli 1975 getroffene Feststellung heute, der Sozialistische Hochschulbund (SHB) sei den „orthodox-kommunistisch orientierten Gruppen" zuzurechnen?

39. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

Wird der SHB vom Bund gefördert, und wenn ja, in welcher Höhe, von welchen Stellen?

40. Abgeordneter **Dr. Schachtschabel** (SPD)

In welchem Umfang ist der für Katastrophenfälle aller Art erforderliche Zivilschutz ausgebaut worden, und inwieweit sind nach der Beurteilung der Bundesregierung die Bundesländer hierbei ihren Verpflichtungen nachgekommen?

41. Abgeordneter **Dr. Schachtschabel** (SPD)

Hält die Bundesregierung den zur Zeit erreichten Stand des Zivilschutzes für ausreichend?

42. Abgeordneter **Dr. Pinger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung – vorbehaltlich einer Zustimmung der Bundesländer – bereit, entsprechend dem zwischen dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und der vietnamesischen Regierung vereinbarten Memorandum über legale Ausreise aus Vietnam vom 30. Mai 1979 nicht nur bei Familienzusammenführungsfällen, sondern auch bei

„anderen humanitären Fällen", bei denen Anträge auf eine Umsiedlung in die Bundesrepublik Deutschland gestellt wurden, Einreisegenehmigungen zu erteilen, weil anders eine Lösung der Familienzusammenführungsfälle nicht möglich ist?

43. Abgeordneter **Dr. Pinger** (CDU/CSU)

Wieviel der insgesamt vorgesehenen 20 000 Aufnahmen von Indochinaflüchtlingen in die Bundesrepublik Deutschland sind bereits realisiert, in wieviel weiteren Fällen ist die Aufnahme konkreten Personen definitiv zugesagt und bei wieviel der verbleibenden Plätze ist die Bundesregierung bereit, sie für die Lösung der Familienzusammenführungsfälle aus Vietnam vorzusehen?

44. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Artikel „Deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR – Ein Historiker dokumentiert, wie es wirklich war", in der Septemberausgabe 1979 der von der Botschaft der UdSSR herausgegebenen Zeitschrift „Sowjetunion heute", in dem grobe Unwahrheiten über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen verbreitet werden?

45. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß diese Zeitschrift auch an deutschen Schulen zur Verteilung gelangt, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen derartige, gezielt verteilte, geschichtsfälschende Darstellungen zu unternehmen, damit unsere Jugend objektiver durch echte Dokumentation über die Leiden der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Gefangenschaft informiert und aufgeklärt wird?

46. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung als Ergänzung zur Deutschen Risikostudie über die Minderung des Gesamtrisikos von Kernkraftwerken durch unterirdische Bauweise eine Studie erstellen lassen, und wie lauten gegebenenfalls die Ergebnisse?

47. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung zur Durchsetzung ihrer Konzeption zukünftiger unterirdischer Kernkraftwerke die Wettbewerbssituation zwischen deutschen Reaktorfirmen auszunützen beabsichtigt?

48. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Trifft es zu, daß die Jubiläumszuwendungen für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes für das 25jährige und 40jährige Dienstjubiläum ab 1. Januar 1980 erhöht worden sind, und wenn ja, warum ist dann Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die im Januar 1980 ihre Dienstjubiläen begingen, die erhöhte Jubiläumszuwendung nicht ausgezahlt worden?

49. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

In welcher Weise bemüht sich die Bundesregierung, die Inkraftsetzung der beiden 1976 in Bonn unterzeichneten Konventionen zum Schutze des Rheins gegen chemische Verschmutzung sowie gegen Verschmutzung durch Chloride baldmöglichst zu erreichen?

50. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Wie ist der Stand der Verhandlungen über eine noch weitergehende Reduzierung der Chloridverschmutzung des Rheins, als sie in der vorgenannten Konvention vorgesehen ist?

51. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Welche Gründe verhindern gegenwärtig die Zeichnungsauflegung der Europäischen Konvention über den Schutz internationaler Wasserläufe gegen Verschmutzung, und wann rechnet die Bundesregierung mit dem Abschluß der Konvention, ohne daß deren Zielsetzung durch wesentliche Vorbehalte beeinträchtigt wird?

52. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Verringerung der Verwendung von Phosphaten in Wasch- und Düngemitteln zu ergreifen?

53. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das sprunghafte Ansteigen der Asylbewerber und die Ankündigung der Landesregierung Baden-Württemberg, wegen der damit verbundenen Kostenbelastungen für die Kommunen notfalls die Bund-Länder-Vereinbarung über die Verteilung der Asylbewerber aufzukündigen, und was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um diese für die Gemeinden unzumutbare Entwicklung zu entschärfen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

54. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß der Bundesjustizminister nicht in der Lage ist, konkrete Auskünfte über jene jährlichen Kosten zu geben, die dem Steuerzahler durch die Haft von Straftätern, durch Ausgestaltung, Modernisierung und Neubau von Strafanstalten, durch die Resozialisierung von Straftätern und ihre Betreuung nach der Entlassung entstehen, und ist die Bundesregierung bereit, unverzüglich diesen für die Kriminal- und Justizpolitik entscheidenden Mangel abzustellen?

55. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß derartige evtl. Statistiken und Informationen in den Ländern wegen der kriminal- und justizpolitischen Gesamtverantwortung des Bundes bei diesem gesammelt und ausgewertet werden müssen, und wie will die Bundesregierung ohne eine derartige Sammlung eine Kosten- und Nutzenanalyse und eine Erfolgs- bzw. Mißerfolgsbilanz ihrer Kriminal- und Justizpolitik erstellen?

56. Abgeordneter **Schwarz** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, bei wie vielen rechtsextremistischen Publikationen das Verbot im § 86 StGB bewußt umgangen wird z. B. durch die unterstellte Zusicherung der Erwerber solcher Publikationen, daß sie diese nur „zu Zwecken der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder Wissenschaft, der Forschung oder Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte“ erwerben?

57. Abgeordneter **Schwarz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung angesichts solcher Manöver zur Umgehung von Straftatbeständen durch Rechtsextremisten nunmehr bereit, der von der CDU/CSU-Fraktion bereits 1977 vorgeschlagenen Änderung von § 86 StGB mit dem Ziel der Verhütung solcher Umgehungsmanöver zuzustimmen?

58. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Auf welche Erklärung stützt sich das Bundesjustizministerium in seinem Informationsblatt „Recht" vom 4. Februar 1980, Nummer 7, wenn es behauptet, daß der Familienbund der Deutschen Katholiken und der Katholischen Elternschaft Deutschlands das am 1. Januar in Kraft getretene Gesetz über die Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge begrüße und die katholische Nachrichtenagentur sich positiv zur elterlichen Sorge geäußert habe?

59. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich das Bundesjustizministerium, daß alle angesprochenen Institutionen es als falsch hinstellen, solche Stellungnahmen abgegeben zu haben?

## Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

60. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die erfolgten und weiter zu erwartenden Benzinpreissteigerungen für die Autofahrer, insbesondere für diejenigen, die auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, eine umgehende Entlastung durch die Erhöhung der Kilometerpauschale erfolgen muß?

61. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Bei wie vielen Arbeitnehmern mit einem geringen Verdienst, die wegen einer verkehrsungünstigen Wohnlage zur Erreichung der Arbeitsstelle auf einen eigenen Personenkraftwagen angewiesen sind, weil sie öffentliche Verkehrsmittel nicht benutzen und auch Fahrgemeinschaften nicht bilden können, ist nach den Schätzungen der Bundesregierung auf Grund des Benzinpreissprungs bei den Fahrten zur Arbeitstelle die zumutbare Belastungsgrenze erreicht oder schon überschritten worden, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um diese Tagespendler, denen mit einer allgemeinen Entfernungspauschale von 0,36 DM nicht geholfen wäre, vor einer wirtschaftlichen Notlage zu bewahren?

62, Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Bei welcher Benzinpreiserhöhung ist die Bundesregierung bereit, den für die Fahrt zur Arbeitsstelle auf einen Personenkraftwagen angewiesenen Arbeitnehmern, die weniger als 1 500 DM monatlich verdienen, eine Erhöhung der z. Z. bestehenden Kilometerpauschale von 0,36 DM zu gewähren, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer, die als Folge der höheren Benzinpreise aus Fahrten mit dem Personenkraftwagen von und zur Arbeitsstelle erzielt werden?

63. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Welche Gründe sprechen dafür, daß Justizpressestellen des Bundes und der Länder über alle Straftäter und Straftaten bereitwillig Auskunft erteilen, nur nicht über Steuerdelikte und Steuerkriminelle, und wieso wird im Steuergeheimnis die Gegenleistung des Staats gegenüber der Offenbarungspflicht des Bürgers gesehen, wenn sich der Steuerkriminelle gerade dadurch auszeichnet, daß er seine Steuerverhältnisse in krimineller Weise nicht offenbart?

64. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Wird die Bundesregierung die Anregung des Generalbundesanwalts, der Generalstaatsanwälte und der Deutschen Richterakademie aufgreifen und durch eine Initiative zur Änderung des § 30 der Abgabenordnung ausdrücklich klarstellen, daß Presseauskünfte der Staatsanwaltschaften und Gerichte auch in Steuerstrafverfahren erteilt werden dürfen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

65. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Kann die Bundesregierung eine zusammenfassende Darstellung der derzeit bereits technisch realisierbaren und einsatzbereiten Möglichkeiten zur Reduzierung des Kraftstoffbedarfs von Kraftfahrzeugmotoren geben?

66. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in den USA für Ölgesellschaften eingeführte „Windfall-Profit-Tax", und gedenkt sie, eine ähnliche Sondersteuer auf überdurchschnittliche Gewinne der Ölgesellschaften einzuführen?

67. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß es ungerecht und unverständlich ist, daß z. B. die amerikanischen Ölmultis zwar einen Großteil ihrer überdurchschnittlichen Gewinne in der Bundesrepublik Deutschland erzielen, diese aber nur bei den Muttergesellschaften in den USA abgeschöpft werden, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

68. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag in Agra-Europe Nummer 3/80, die Nichtvermarktungsprämie für Milch in eine Abschlachtprämie umzuwandeln und auf 0,25 DM/kg heraufzusetzen und dadurch die Produktion so zu begrenzen, daß dennoch 0,50 DM/kg Milch an Interventionskosten gespart werden könnten?

69. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Könnte der finanzielle Mittelbedarf dafür aus einer Abgabe der Milcherzeuger finanziert werden, und wäre so die Finanzierbarkeit des Interventionsmechanismus für Butter und Magermilchpulver zunächst wieder sicherzustellen?

70. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung, bei einer eventuellen Revision des Bergbauernprogramms auch Bauern mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von unter drei Hektar mit einzubeziehen, da auch diese Bauern einen Beitrag zur Landschaftspflege leisten?

71. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung, bei einer eventuellen Revision des Bergbauernprogramms den Mindestpflegeaufwand von bisher einer Großvieheinheit pro Hektar herabzusetzen, da auch mit weniger Großvieheinheit pro Hektar die Landschaft offengehalten werden kann, und sollte man andere Kriterien heranziehen und damit der Tatsache Rechnung tragen, daß auch Bauern, die zum Beispiel Heu verkaufen, landschaftspflegerisch tätig sind?

72. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung gegen die nachweislich durch Immissionen verursachte Versäuerung der Holzbodenflächen und der damit verbundenen Ertragsgefährdung unserer Waldbestände?

73. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung gegen den starken Rückgang der Schilfbestände an den nord- und süddeutschen Binnenseen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

74. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zur finanziellen Entlastung der behinderten Rollstuhlfahrer zu tun, die infolge fehlender technischer Voraussetzungen ihre Rechte nach dem Gesetz über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr vom 9. Juli 1979 nicht geltend machen können, beruflich und privat in der Regel auf die Beförderung mit dem Personenkraftwagen angewiesen sind und infolge der steigenden Treibstoffkosten immer höheren finanziellen Belastungen unterliegen?

75. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Trifft es zu, daß zur Begründung des Anspruchs auf Mutterschaftsurlaub für Arbeitnehmerinnen Leistungsminderungen auf Grund von Veränderungen im hormonellen und endogenen Bereich, im autonomen Nervensystem und vielfach auch im psychischen Bereich angeführt werden, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß leibliche Mütter, deren Kinder bei der Geburt oder kurz danach gestorben sind, bzw. Mütter, die ihre Kinder zur Adoption freigegeben haben, auch Ansprüche auf vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit und Leistungsfähigkeit nach dem Mutterschutzgesetz geltend machen können?

76. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung, den Mutterschaftsurlaub auch für Mütter, die ein Kind adoptieren, einzuführen?

77. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung eine Änderung der bisherigen Regelung, wonach Arbeitslose im Krankheitsfall – wegen ihres Anspruchs auf Krankengeld – nicht mehr an die zuständige Krankenkasse verwiesen werden, sondern an Stelle des Krankengelds das Arbeitslosengeld in Höhe von 68 v. H. bis zu sechs Wochen von der Bundesanstalt für Arbeit „fortgezahlt" werden soll, und wenn ja, aus welchen Gründen?

78. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie würde sich eine solche „Arbeitslosengeldfortzahlung" jeweilig für die Bundesanstalt für Arbeit und die Krankenkassen finanziell und verwaltungstechnisch auswirken?

79. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Über welche gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung, wie sich Nachtschicht und Wechselschicht auf die Gesundheit von Arbeitnehmern mit chronischen Erkrankungen, wie z. B. Diabetes, Bluthochdruck-, Magen- und Darmerkrankungen, Epilepsie, Herzleiden, auswirken?

| | |
|---|---|
| 80. Abgeordneter **Kirschner** (SPD) | Welche rechtlichen und rehabilitativen Möglichkeiten bestehen für solche Personengruppen, bei denen dauernde gesundheitliche Bedenken festgestellt werden? |
| 81. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU) | Auf Grund welcher völkerrechtlich gesicherten Tatbestände geht der Bundesarbeitsminister in einer Stellungnahme an das Bundesverfassungsgericht von „der Aufsplitterung Deutschlands in mehrere Teile" aus, oder will er damit keine völkerrechtlich und staatsrechtlich relevanten Tatbestände bezeichnen? |
| 82. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU) | Welche Rechtstatbestände im deutschen Sozialrecht begründen für Versicherte den „Wohnsitzgrundsatz als schicksalsmäßig"? |
| 83. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD) | Wie ist das Verhältnis des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes zu einem möglichen Antidiskriminierungsgesetz? |
| 84. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD) | Welche Folgen hätte es, wenn die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz nicht im arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetz, sondern erst in einem späteren Antidiskriminierungsgesetz geregelt würde? |
| 85. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD) | Welche Bedeutung hat die Umkehr der Beweislast im Entwurf eines arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes, und sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen schon die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts die Beweislast zugunsten des Arbeitnehmers umgekehrt hat? |
| 86. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD) | Sieht die Bundesregierung andere Möglichkeiten als das Erfordernis der Glaubhaftmachung wie die im Entwurf eines arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes vorgesehene Umkehr der Beweislast, um von vornherein aussichtslose Klagen zu vermeiden? |
| 87. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD) | Aus welchen Gründen ist ein arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz erforderlich, obwohl der Gleichberechtigungssatz des Artikels 3 des Grundgesetzes und der arbeitsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz eine Diskriminierung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz auf Grund des Geschlechts verbieten? |
| 88. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD) | Ist im Entwurf des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes entsprechend der EG-Richtlinien vom 10. Februar 1975 ein Verbot der unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen bei „gleichwertiger" Arbeit neuartig, oder ist dies bereits in anderen internationalen Abkommen von der Rechtsprechung vorgesehen? |

## Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

89. Abgeordneter **Horn** (SPD)

In welcher Weise hat sich die Versetzungshäufigkeit bei Zeit- und Berufssoldaten in den letzten fünf Jahren, aufgeschlüsselt nach Unteroffizieren und Offizieren, entwickelt?

90. Abgeordneter **Horn** (SPD)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Versetzungshäufigkeit möglichst zu reduzieren?

91. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß im Gegensatz zur Antwort auf meine Anfrage vom 6. November 1979 nicht nur im Heer Hauptleute als stellvertretende Bataillonskommandeure eingesetzt sind, sondern zum Beispiel auch im Bereich der Luftwaffe, und ist es weiter zutreffend, daß beim Materialamt des Heeres auf Dezernentendienstposten, die gemäß STAN nach A 13/A 14 bewertet sind, schon länger als zwei Jahre Hauptleute Dienst tun, ohne befördert werden zu können?

92. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Liegen dem Bundesverteidigungsminister umfangreiche Klagen über den zu hohen Anteil der von der Truppe zu verbrauchenden Verpflegungsmittel des Verteidigungsvorrats (etwa 70 v. H.) vor, und wenn ja, welche Möglichkeiten hat das Bundesverteidigungsministerium zur Verbesserung des Zustands für 1980 vorgesehen?

93. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Sind die wiederholten Dienstpflichtverletzungen durch Generalmajor Bastian, wobei der letzte Vorfall nach Bekunden von Bundesverteidigungsminister Dr. Apel zur Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen ihm und Generalmajor Bastian führte, nach Auffassung der Bundesregierung nicht Anlaß genug, um gegen den Generalmajor ein förmliches Disziplinarverfahren einzuleiten, und wenn ja, was wurde bisher unternommen?

94. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die von ihr – wie auch von allen anderen NATO-Regierungen – gegenüber dem Bündnis übernommene Verpflichtung, den Verteidigungshaushalt jährlich um real 3 v. H. zu erhöhen, im Haushaltsjahr 1980 einzuhalten, und gilt bejahendenfalls die Erklärung von Bundesverteidigungsminister Dr. Apel vom Ende Januar 1980 in Oberursel, der Wehretat brauche auch nach den Ereignissen in Afghanistan nicht erhöht zu werden, als zurückgenommen?

95. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die kostenlose Heimfahrberechtigung für Wehrpflichtige, die zur Zeit bei Benutzung von Bundesbahn und Bahnbussen gewährt wird, auch auf die Benutzung von Postbussen auszudehnen, und falls ja, wann ist mit der Einführung dieser Maßnahmen zu rechnen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

96. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, in geeigneter Form die Modellvorhaben zur besseren Versorgung psychisch Kranker zu verwirklichen, nachdem die Finanzminister der Länder sich darüber nicht einigen konnten?

97. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Welche Schlußfolgerungen im Hinblick auf die Auslegung geltenden Rechts und eine zukünftige Rechtsetzung zieht die Bundesregierung aus der Bekanntmachung der Bundesärztekammer vom 10. Januar 1980 zum Thema „Risikofaktoren, Nahrungsfette und degenerative Herz- und Gefäßerkrankungen", die die bisherige Auffassung des wissenschaftlichen Beirats der Bundesärztekammer widerruft und nunmehr zu dem Ergebnis gelangt, daß die an die Gesamtbevölkerung gerichteten Empfehlungen des Ersatzes gesättigter (tierischer) durch ungesättigte (pflanzliche) Fette aus dem gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht abzuleiten sind?

98. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es neuartige Früherkennungsmethoden gibt, mit deren Hilfe Schilddrüsenunterfunktionen bei Säuglingen festgestellt werden können, so daß kranke Kinder durch entsprechende Behandlung vor andernfalls zu erwartendem Schwachsinn bewahrt werden können, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Untersuchungsverfahren?

99. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Kann die Bundesregierung dazu beitragen, daß dieses Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland bei allen Neugeborenen angewandt wird?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

100. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele schwerbehinderte Rollstuhlfahrer die öffentlichen Verkehrsmittel nicht benutzen können, weil die entsprechenden technischen Voraussetzungen nicht vorhanden sind und sie somit ihre Rechte nach dem Gesetz über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr vom 9. Juli 1979 nicht geltend machen können, und gibt es Möglichkeiten seitens der Bundesregierung, auf bessere technische Voraussetzungen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Schwerbehinderte hinzuwirken?

101. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Wie sieht das Bewertungssystem für die Aufstellung des Bedarfsplans über den Ausbau des Bundesfernstraßennetzes aus, und hält die Bundesregierung das von ihr durchgeführte Bewertungsverfahren angesichts der darin enthaltenen subjektiven Schätzungen für wissenschaftlich haltbar, oder gibt es grundsätzliche Bedenken?

102. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

In welchem Umfang werden generell in dem Bewertungsverfahren des Bundesverkehrsministers, das der Aufstellung des Bedarfsplans vorausgeht, die Belange von Natur und Landschaft berücksichtigt?

103. Abgeordneter **Grobecker** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die deutsche Schiffahrt in der Mittelmeerfahrt durch einen französisch-algerischen Ladungsvertrag diskriminiert wird?

104. Abgeordneter **Grobecker** (SPD)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um dieser Diskriminierung entgegenzutreten?

| | |
|---|---|
| 105. Abgeordnete **Frau Benedix-Engler** (CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß viele ältere Menschen das günstige Angebot des Seniorenpasses bei der Deutschen Bundesbahn nicht realisieren und der Aktionsaufforderung zum Umstieg vom eigenen Wagen auf die Deutsche Bundesbahn nicht folgen können, weil die Einstiegsmöglichkeiten durch ein zu großes Steigerungsverhältnis zwischen Stufen und Bahnsteigkanten zu unbequem und zu gefährlich sind, und wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß die Deutsche Bundesbahn hier nach und nach bessere Verhältnisse schafft? |
| 106. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Kürzung der Bundesmittel für den Bundesfernstraßenbau im nordoberpfälzer Zonenrandgebiet spätestens ab Juni 1980 vor allem im Straßenbau eine unüberbrückbare Auftragslücke eintritt, was zu großen Freisetzungen von Arbeitskräften führen wird und darüber hinaus die endlich begonnene Anbindung dieses Raums an das Autobahnnetz fast zum Erliegen bringt, weil durch die Kürzung der Bundesmittel im Jahr 1980 in diesem Bereich keine einzige neue Maßnahme ausgeschrieben werden kann? |
| 107. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU) | Wie erfolgt die Verwendung der aus dem Bereich Bundesfernstraßenbau zu Gunsten der Deutschen Bundesbahn umgeschichteten Beträge, wenn sie nicht im Investitionsbereich für das Haushaltsjahr 1980 sinnvoll und zweckgebunden eingesetzt werden können? |
| 108. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Einsparwirkung an Vergaserkraftstoff durch die Einführung von elektronischen Zündsystemen, wie z. B. dem Baur-Zündsystem u. a., und mit welchen Maßnahmen kann die Ausrüstung der Kraftfahrzeugmotoren mit energiesparender Technik gefördert werden? |
| 109. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU) | Ordnet die Bundesregierung Schneeketten mit zusätzlicher Spikesausrüstung unter dem Begriff der Schneekette ein mit der Folge, daß sie nicht unter das Spikesverbot fallen? |
| 110. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung im Zuge ihrer Verantwortung für die Deutsche Bundesbahn bereit, den Vorstand der Deutschen Bundesbahn zu veranlassen, daß die Bundesbahnstrecke Hochstadt – Kulmbach – Hof unter Berücksichtigung der derzeitigen und künftigen Rohölversorgungsprobleme sowie der Zielsetzungen des Zonenrandförderungsgesetzes elektrifiziert wird? |
| 111. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung weiterhin bereit, bei ihren Bemühungen auch die regionale Strukturpolitik sowie die Verbesserung und Beschleunigung der Verkehrsbedingungen zu berücksichtigen, zumal wegen der vorgesehenen Elektrifizierung bereits die Brückenbauwerke (B 289 Mainleus, B 289 Kulmbach und B 85 Kulmbach) höher gebaut wurden? |
| 112. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, die aus Anlaß der Olympischen Spiele geplanten Sonderbriefmarken so abzuändern, daß sie nicht den Olympischen Sommerspielen in Moskau gewidmet werden, sondern mit Sportmotiven für die Deutsche Sporthilfe werben? |

113. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Sonderbriefmarke mit Zuschlag zugunsten der Flüchtlinge aus Afghanistan herauszubringen, um damit den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit zu schaffen, durch Kauf und Verwendung dieser Briefmarken ihre Solidarität mit den Opfern der sowjetischen Aggression zu bekunden?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

114. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Ist auch nach Meinung der Bundesregierung der Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen ausgeglichen wie der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Hirsch, geäußert hat (siehe Generalanzeiger vom 4. Februar 1980)?

115. Abgeordneter **Dr. Jahn** (Münster) (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an ihrem Vorhaben fest, einen Regierungsentwurf zur Novellierung des Wohngeldgesetzes vorzulegen (der dann von der SPD Bundestagsfraktion eingebracht werden soll), der das Wohngeld ab 1981 an die Mieten- und Einkommensentwicklung anpaßt, alleinerziehende Elternteile den „Vollfamilien“ gleichstellt, für Haushalte ab vier Personen zusätzliche Verbesserungen einführt und sicherstellt, daß die mit der Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags für Rentner verbundene Rentenerhöhung nicht den Wohngeldanspruch dieser Haushalte mindert, und bis zu welchem Zeitpunkt ist gegebenenfalls mit einem entsprechenden Kabinettbeschluß zu rechnen?

116. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Welches Finanzvolumen ist im Anlaufjahr 1981 und in dem darauf folgenden Jahr 1982 erforderlich, um das Wohngeld an die Mieten- und Einkommensentwicklung bei Vermeidung von Minderungen der Wohngeldansprüche der Rentner anzupassen; und welches Finanzvolumen ist darüberhinaus für Verbesserungen, insbesondere für die Haushalte ab vier Personen, vorgesehen?

117. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Ist der Bundesregierung die Forderung bekannt, im Rahmen der Energieeinsparung beim Wohnen auch den Einbau von Kachelöfen zu subventionieren, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Forderung vor allem unter dem Gesichtspunkt des gezielten Einsatzes der Fördermittel und der unerwünschten Mitnehmereffekte?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

118. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für korrekt, wenn Antragsteller zum Programm „rationelle Energieverwendung im Bäderbereich“ über die Auswahlentscheidung vom Bundesforschungsministerium zuerst durch Presseverlautbarungen informiert werden?

119. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, die betroffenen Städte und Gemeinden nach einem äußerst umfangreichen Antragsverfahren über die Begründung solcher Auswahlentscheidungen erst nach Ablauf der Presse-, Rundfunk- und Fernsehberichterstattung in Kenntnis zu setzen?

120. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

An die Überprüfung welcher Sozialleistungen denkt die Bundesregierung konkret, wenn Bundesforschungsminister Dr. Hauff in einem Beitrag für die „Stuttgarter Nachrichten“ vom 13. November 1979 unter der Überschrift „Die Sozialleistungen müssen wir neu überdenken“ fordert, „ein System der sozialen Sicherung durch staatliche Maßnahmen zu entwickeln, das trotz der Unterstützung durch die Gemeinschaft die Initiative des einzelnen nicht behindert, sondern sie fördert und unterstützt“?

121. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die in Frageform gekleidete Auffassung des Bundesforschungsministers Dr. Hauff, der die rhetorische Frage stellt, „Was schadet es beispielsweise unserem Staat, wenn ein Kommunist eine Lokomotive lenkt oder Briefe austrägt? Und ist es wirklich eine unerträgliche Belastung, wenn es einen Lehrer gibt, der sich als Kommunist versteht?“?

## B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

### Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt geworden, welche verantwortliche Stelle Afghanistans, wann und mit welcher Begründung die „Hilfe" sowjetischer Truppen herbeigerufen hat?

2. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Wann, wo und unter welchen Umständen ist nach Kenntnis der Bundesregierung der durch die Ermordung seines Vorgängers zum Machthaber Afghanistans aufgestiegene Hafizullah Amin hingerichtet worden?

3. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen war gegebenenfalls der Kulturattaché an der deutschen Botschaft in Paris veranlaßt, der französischen Filmwochengesellschaft „festival cinematographique international de Paris" von einer Vertragsbeteiligung der Münchner Filmwochen GmbH abzuraten?

4. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, wonach der Kulturattaché an der deutschen Botschaft in Paris am 22. Januar 1979 dem Geschäftsführer, Pierre Henri Deleau, der französischen Filmwochengesellschaft „festival cinematographique international de Paris" mitgeteilt habe, seine Gesellschaft möge mit der Münchner Filmwochen GmbH keinen Vertrag abschließen?

5. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Informationen, denenzufolge die DDR direkt oder indirekt durch Militärberater oder in anderer Form an der Invasion Afghanistans beteiligt ist?

6. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Sollten solche Informationen zutreffen, würde die Bundesregierung daraus Konsequenzen ziehen, und falls ja, welcher Art würden diese Konsequenzen sein?

7. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

In welchen Sitzungen der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland die bedrückende Lage der Deutschen zur Sprache gebracht, denen die Volksrepublik Polen Selbstbestimmungsrecht und kulturelle Freiheit in den unter ihrer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten verweigert?

8. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die praktische Verwirklichung des deutsch-südafrikanischen Kulturabkommens vom 25. Dezember 1963 und die öffentlich erhobene Forderung, dieses Kulturabkommen, dem gleichgelagerten Beispiel der niederländischen wie der belgischen Regierung folgend, zu suspendieren oder aufzukündigen?

| | | |
|---|---|---|
| 9. | Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU) | Trifft es zu, daß sowjetische Truppen bei ihrem Einmarsch in Afghanistan deutsche Entwicklungshilfeprojekte mit Napalbomben belegt und weitgehend zerstört haben, und ist bejahendenfalls die Bundesregierung wegen der Zerstörung solcher ziviler Einrichtungen bei der sowjetischen Regierung vorstellig geworden, und wenn ja in welcher Weise? |
| 10. | Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Wahrheitsgehalt von Pressemeldungen, daß der litauische Sportler Vladislav Cesiunas, der unter unaufgeklärten Umständen aus der Bundesrepublik Deutschland verschwand, nun in der Sowjetunion außerhalb seiner Heimat isoliert gehalten wird und möglicherweise einen Selbstmordversuch begangen hat? |
| 11. | Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU) | Welche Bemühungen zur Aufklärung des Schicksals von Cesiunas hat die Bundesregierung seit der Einstellung des Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts unternommen, und welche Erkenntnisse hat sie dabei gewonnen? |
| 12. | Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU) | Ist die Antwort der Bundesregierung vom 24. Januar 1980 auf die Frage B 11 des Abgeordneten Dr. Hennig so zu verstehen, daß die Bundesregierung der Intervention der Sowjetunion in Afghanistan den völkerrechtlichen Charakter einer Aggression nicht beimißt, oder warum vermeidet die Bundesregierung in ihrer Antwort dieses Wort, während sie es für die Beschreibung des Standpunkts der Sowjetunion ausdrücklich verwendet, die von einer „Aggression von außen" spricht? |
| 13. | Abgeorneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU) | Versteht die Bundesregierung unter der vertraglichen Zusage in Artikel III Abs. 2 des Warschauer Vertrages „die sonstigen Beziehungen" zu erweitern, auch, wie die Wissenschaftliche Konferenz in Warschau-Popowo vom 26. und 27. Februar 1979 es auslegte, die vertragliche Zusage der Bundesrepublik Deutschland zur Erweiterung der Beziehungen durch „individuelle Entschädigungen an Hunderttausende polnische Staatsangehörige" und zur Übernahme entsprechender Verpflichtungen im innerstaatlichen Recht? |
| 14. | Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU) | Inwieweit trägt die Probenummer der im Auftrag des Auswärtigen Amtes in deutscher, französicher und englischer Sprache herausgegebenen repräsentativen europäischen Kulturzeitschrift „den außenpolitischen Belangen der Bundesrepublik Deutschland" unter Darstellung eines umfassenden „Bildes des gesamten Deutschlands" in Kultur sowie in deutschpolitischen und deutschlandrechtlichen Fragen „Rechnung"? |
| 15. | Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU) | Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen und wird sie noch unternehmen, um von den polnischen Behörden, die von diesen entgegen den KSZE-Bestimmungen verweigerte Einreisegenehmigung für den Korrespondenten der „Welt", Carl Gustaf Ströhm, zu erlangen? |
| 16. | Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU) | In welchem Verhältnis steht das Goetheinstitut und seine Mitarbeiter zum Auswärtigen Amt, und in welcher Form ist abgesichert, daß die Institutsleiter im Ausland nicht nach eigenem Gutdünken eine eigene, nach einseitiger politischer Weltanschauung ausgerichtete Politik betreiben? |

| | | |
|---|---|---|
| 17. | Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU) | Welche öffentlichen Mittel werden für die Arbeit des Goetheinstituts im Ausland zur Verfügung gestellt, und wie bzw. nach welchen Kriterien und in welchem Auftrag werden sie verwendet? |
| 18. | Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD) | Welche Bemühungen sind von der Bundesregierung ausgegangen, um den Plan einer Europäischen Stiftung, wie er von Leo Tindemans 1975 zur Beschleunigung einer Europäischen Union vorgelegt und 1977 vom Europäischen Rat beschlossen worden ist, zu verwirklichen? |
| 19. | Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD) | Wie weit hat bzw. wird die Bundesregierung Pläne, Struktur und Aufgabe der Europäischen Stiftung betreffend, unterstützen, die seitens des Europäischen (Delegations-) Parlaments schon 1978 gemacht worden sind und vom direkt gewählten Europäischen Parlament derzeit (Haushaltsvorschlag) entwickelt werden? |

## Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

| | | |
|---|---|---|
| 20. | Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP) | Gelten für kleine Keramikbrennöfen, die von Hobbytöpfern, Schulen und Volksbildungswerken benutzt werden, die gleichen Vorschriften, Antrags- und Genehmigungsverfahren laut Bundes-Immissionsschutzgesetz wie bei der Errichtung von Industrieanlagen, und darf der Standort auch dieser Brennöfen nur in Industriegebieten liegen, und wenn nein, ist die Bundesregierung bereit, klarzustellen, daß derartige Hobbykeramikbrennöfen nicht den Immissionsschutzbestimmungen und Genehmigungsprozeduren unterliegen? |
| 21. | Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP) | Ist die Bundesregierung weiterhin bereit, die Gewerbeaufsichtsbehörden gegebenenfalls entsprechend anzuweisen? |
| 22. | Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP) | Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche Versuche sie bisher unternommen hat, die im Spiegel Nummer 4/80, Seite 37, mit Recht kritisierte überhöhte Besoldung der Beamten bei den Europäischen Gemeinschaften zu korrigieren? |
| 23. | Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung darüber hinaus, für die Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß das Gefälle zwischen der Besoldung vergleichbarer Beamter bei Bund und bei den Europäischen Gemeinschaften auf das normale Maß, wie es in der Bundesrepublik Deutschland üblich ist, abgebaut wird? |
| 24. | Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Veränderung in der Werbeorganisation für die Kräfte beim Bundesgrenzschutz durchzuführen, und wenn ja, aus welchen Gründen? |
| 25. | Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU) | Trifft es zu, daß eine Zentralisierung und eine Verlagerung von der Zonengrenze weg ins Landesinnere vorgesehen ist? |
| 26. | Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU) | Trifft es zu. daß die künftigen Werbemaßnahmen sich an die Abflußmöglichkeiten anpassen sollen, und wenn ja, wie vereinbart sich dies mit den eigenen Bedürfnissen des Bundesgrenzschutzes? |

27. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Sollen mit der Veränderung der Werbeorganisation in Zukunft weniger Nachwuchskräfte aus den Ländern entlang der Zonengrenze zu Gunsten anderer Bundesländer geworben werden, und wenn ja, wie vereinbart die Bundesregierung dies u. a. mit der Zielsetzung der Zonenrandförderung?

28. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Staatsangehörigkeits-Gebührenverordnung (StAGebV) vielfach zu ungerechtfertigt hohen Gebührenforderungen der Einbürgerungsbehörden führt, wenn Deutsche, die mit einem Ehepartner aus einem Ostblockland verheiratet sind, die Einbürgerung beantragen, und ist sie bereit, die Einbürgerungsbehörden (Regierungspräsidien usw.) darauf hinzuweisen, daß nach dem § 5 StAGebV aus Billigkeitsgründen Gebührenermäßigungen oder -befreiungen gewährt werden können und Billigkeit vor allem dann gegeben ist, wenn ein Ehepartner in der Bundesrepublik Deutschland geboren ist oder wenn es sich um ein in der Bundesrepublik Deutschland zur Welt gekommenes Kind des Ehepaars handelt?

29. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß z. B. bei einer Einbürgerungsbehörde (Regierungspräsident Darmstandt) im Jahr 1978 rund 20 v. H. der Antragsteller als heimatlose Ausländer galten, obwohl sie von Geburt Deutsche sind, und daß ihnen in der Regel die vollen oder nur geringfügigen reduzierten Einbürgerungsgebühren abverlangt worden sind, und plant die Bundesregierung unter diesen Umständen eine Neufassung der Staatsangehörigkeits-Gebührenverordnung, durch die künftig die geschilderten Personengruppen ohne oder mit geringeren Kosten eingebürgert werden könnten?

30. Abgeordneter **Schwarz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in einer ihr vorgelegten Studie aufgezeigten Möglichkeiten, bei Produktionsprozessen der Kalk- und Zementindustrie durch Rückgewinnung und wirtschaftliche Verwertung von Kohlendioxid sowohl zur Reinhaltung der Luft als auch zur Schonung von Rohstoff- und Energiequellen beizutragen, und auf welche Weise beabsichtigt sie, die vorgeschlagenen fortführenden Untersuchungen zu fördern?

31. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung über zwei Unfälle in den Jahren 1976 und 1977 im Atomkraftwerk bei Jaslovske Bohunice von der tschechoslowakischen Regierung informiert worden, oder welche Erkenntnisse liegen sonst über diese Unfälle vor, und welche Strahlungsschäden sind im Bereich der Bundesrepublik Deutschland durch diese Unfälle entstanden?

32. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Welche Abfallstoffe werden in welchem Umfang nach den Erkenntnissen der Bundesregierung durch die Anliegerstaaten in die Küstengewässer der Ostsee und der Nordsee eingeleitet, und wo liegt nach Meinung der Bundesregierung die Grenze der Belastbarkeit für diese Gewässer?

33. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Finanzmittel sind für welche Projekte der Abwasserreinigung aus dem „Programm für Zukunftsinvestitionen" im baden-württembergischen Bodenseeraum im Jahre 1979 bereitgestellt worden?

34. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie ist der Gütezustand des Bodensees nach Meinung der Bundesregierung auch unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen für das Jahr 1979 nunmehr zu beurteilen, und welche Mittel stehen noch aus dem „Programm für Zukunftsinvestitionen“, das im Jahre 1980 auslaufen soll, für Projekte der Abwasserreinigung im baden-württembergischen Bodenseeraum zur Verfügung?

35. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Wo sind die in der Informationsbroschüre des Bundesministeriums des Innern „Zivilschutz heute“ auf Seite 72 für Hessen aufgeführten 5 Betreuungsleitzüge stationiert, und von welchen Organisationen werden diese gestellt?

36. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Wieviel Betreuungsgleitzüge sind für Rheinland-Pfalz aufgestellt und wo befinden sich diese?

37. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Gewässer, die für die Trinkwasserversorgung in Frage kommen, Bromsalze enthalten, die im Zuge der Aufbereitung bei Anwesenheit von Kohlenwasserstoffen, die bekanntermaßen mit Industrieabwässern zufließen, zu carcinogenen Kohlenwasserstoff-Verbindungen führen, wenn sie nach dem zurzeit geübten Verfahren mit elementarem Chlor behandelt werden, und welche anderen Verfahren gedenkt sie anzuwenden, um die Keimzahl zu vermindern?

38. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Vereinigten Staaten aus diesem Grund Chlordioxyd verwendet wird, obwohl dieses Verfahren erheblich kostenaufwendiger ist, und gedenkt sie dieser Methode zur Trinkwasseraufbreitung zur Abwendung einer zusätzlichen Carcinom-Gefahr nahezutreten?

39. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Trifft die Behauptung in dem „Leitfaden“ einer Parteiorganisation zum Thema „Kampf dem Rechtsradikalismus“ zu, daß die Bundeszentrale für politische Bildung den Fernsehfilm „Wotans Erben“ verleiht oder verleihen wird?

Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wenn ja, hat die Bundeszentrale oder eine andere Stelle der Bundesregierung vor der Aufnahme in das Verleihprogramm die Aussagen des Films auf ihre Richtigkeit überprüft und seine Wertungen kritisch geprüft, und zu welchem Ergebnis ist sie gegebenenfalls dabei gekommen?

41. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Welche offenkundig unrichtigen Angaben enthält der Film „Wotans Erben“ noch außer denen, daß der „Stahlhelm“ mehrere tausend Mitglieder habe, daß das „Deutsche Arbeitszentrum“ jährlich etwa 1000 Jugendliche ausbilde und daß es an die 10 000 organisierte rechtsradikale Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland gebe?

42. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung Kommunisten wie den Ko-Autor des Films „Wotans Erben“, Dirk Gerhard, der seine Filmrecherchen als Serie in den Roten Blättern des MSB Spartakus veröffentlichte und u. a. in Veranstaltungen des MSB Spartakus mit dem Film „Wotans Erben“ durch die Bundesrepublik Deutschland tingelte, für einen nach den Maßstäben der Bundeszentrale für politische Bil-

dung geeigneten Aufklärer über die Gefahren des Rechtsradikalismus, und beabsichtigt sie in entsprechender Weise, künftig Arbeiten von Rechtsradikalen zur Aufklärung über den Linksextremismus zu verbreiten?

## Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

43. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung gesetzgeberische Korrekturen auf Grund der Tatsache für erforderlich, daß als Ergebnis der Familienrechtsreform häufig Bürger mit geringerem Einkommen aus dem Arbeitsleben ausscheiden, weil sie wegen der Besteuerung als Ledige und der hohen Unterhaltsleistungen an den geschiedenen Partner mit dem verbleibenden Eigenbetrag oft schlechter gestellt sind als die Arbeitslosen ihres Berufszweigs und in der Arbeit keinen Sinn mehr sehen?

44. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist die Ansicht des Bundesministers Dr. Vogel, die Ausschußproduktion der Familiengerichte sei mit der Ausschußproduktion der Wirtschaft vergleichbar, Ausdruck einer grundsätzlichen Haltung gegenüber Menschenschicksalen, und hat die Bundesregierung deshalb bei der Scheidungsreform bewußt die durch die Presse bekannt gewordenen Ergebnisse in Kauf genommen, oder beabsichtigt sie für die Zukunft eine sorgfältigere Formulierung der Gesetzesvorlagen zur Erleichterung einer gerechten Regelung des Einzelfalls vom Inkrafttreten des Gesetzes ab?

45. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist der Eindruck richtig, daß die Bundesregierung bei der Betonung der Interessen der Unterhaltsberechtigten in ihren Antworten auf die Fragen B 44 der Drucksache 8/3552 bzw. 10 der Drucksache 8/3073 davon ausging, daß die Unterhaltsforderungen immer berechtigt und nur noch gerichtlich durchzusetzen, die möglichen Rechte und Interessen der Unterhaltsbelangten aber stets unbeachtlich sind, und hält sie bejahendenfalls diese Grundeinstellung mit dem Postulat der Gerechtigkeit als Ausfluß des Rechtsstaatsprinzips vereinbar?

46. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Wird die Bundesregierung gesetzgeberisch tätig werden, um Drogentherapeuten und Mitarbeitern in Drogenberatungsstellen ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Strafprozeßordnung einzuräumen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

47. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung, die Sonderabschreibungsregelung für Schiffe in § 82f EStDV der durch das Steueränderungsgesetz 1979 vom 30. November 1978 (BGBl. I S. 1849) bis Ende 1983 verlängerten Ermächtigung in § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe w EStG anzupassen?

48. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die zusätzlichen Steuereinnahmen, die sich aus der Rohölverteuerung im Jahr 1979 und 1980 ergeben?

| | |
|---|---|
| 49. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, auf einen Teil des höheren Steueraufkommens zu verzichten oder die Kilometerpauschale für die durch die Mineralölpreissteigerung erheblich benachteiligten Arbeitnehmer, die zur Erreichung ihres Arbeitsplatzes auf die Benutzung ihres eigenen Personenkraftwagens angewiesen sind, zu erhöhen? |
| 50. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU) | Warum will die Bundesregierung die schon geprägten 5 DM Otto Hahn Silbermünzen wieder einschmelzen, statt sie zum Marktpreis des Silbergehalts an Sammler zu verkaufen und damit dem Steuerzahler einige Millionen DM zu ersparen? |
| 51. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU) | Welche konkreten Einzelheiten sind der Bundesregierung über die illegale Einfuhr von 105 Millionen Zigaretten in der Zeit von Oktober 1976 bis 1977 aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland bekannt, die vor einer Darmstädter Wirtschaftsstrafkammer zu einem Zigarettenschmuggelprozeß geführt hat? |
| 52. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die offensichtliche Tatsache, daß die Behörden der DDR den Zigarettenschmuggel, mit dem rund 12,6 Millionen an Zoll, Tabak- und Einfuhrumsatzsteuer hinterzogen worden, nicht nur geduldet und gebilligt, sondern selbst durchgeführt haben, und welche Schritte hat die Bundesregierung dagegen unternommen? |
| 53. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU) | Warum wird ein 100 Prozent Schwerbehinderter nicht wie ein Kriegsbeschädigter von der Zahlung der Grunderwerbsteuer befreit, wenn er eine Kapitalabfindung dazu benutzt, ein Grundstück zu erwerben, und beabsichtigt die Bundesregierung, diesen ungerechten Zustand ähnlich wie im Kraftfahrzeugsteuergesetz zu beheben? |
| 54. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Arbeitnehmer, die anläßlich eines Firmenjubiläums keine finanzielle Zuwendung ihres Arbeitgebers erhalten, wenigstens einen entsprechenden Steuerfreibetrag absetzen können? |
| 55. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP) | Wie beurteilt die Bundesregierung die wiederholten Vorwürfe des Bundes der Deutschen Zollbeamten, wonach die Berufschancen der am gleichen Ort wie die Beamten des Grenzschutzeinzeldienstes tätigen und mit der gleichen Aufgabe betrauten Zöllner wesentlich geringer seien als die der Mitglieder des Bundesgrenzschutzes? |
| 56. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP) | Treffen solche Vorwürfe zu, womit sind sie zu erklären und wie können die Benachteiligungen abgebaut werden? |
| 57. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU) | Welche Haltung vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der steuerlichen Belastung von Zuwendungen, die an Übungsleiter in Sportvereinen geleistet werden? |
| 58. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU) | Ist sie bereit, im Rahmen von Billigkeitsregelungen dafür zu sorgen, daß bei der nachträglichen steuerlichen Überprüfung der Vereine für die Betroffenen keine Härten entstehen? |

59. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Pläne hat sie, um durch steuerliche Behandlung der Übungsleiterzuwendungen in Zukunft den ehrenamtlichen Einsatz in Vereinen und Verbänden zu ermutigen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

60. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Unternehmen der deutschen Schuhindustrie von der Gewährung von Forschungspersonalkostenzuschüssen für die Modellabteilungen der Schuhfabriken ausgeschlossen werden, welches sind die Gründe für die Ablehnung der entsprechenden Anträge dieser Unternehmen, und ist die Bundesregierung bereit, die Richtlinie „FuE-Personal" dahin gehend zu ändern, daß künftig auch Unternehmer der Schuhindustrie in den Genuß der Forschungspersonalkostenzuschüsse gelangen?

61. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, wonach ein „wirtschaftspolitischer Dialog" an Stelle der „konzertierten Aktion" beim Bundeswirtschaftsministerium geplant ist mit einer Größe bis zu 30 Teilnehmern unter Einschluß der Deutschen Bundesbank, aber Ausschluß des Sachverständigenrats?

62. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Bedeutet die Tatsache eines Ausschlusses des Sachverständigenrats, daß die Bundesregierung seinen Ratschlag in diesem Gremium für überflüssig hält?

63. Abgeordneter **Landré** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind die sogenannten freien Motoreninstandsetzer an den Instandsetzungsaufträgen des Bundes, zum Beispiel der Bundeswehr, der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn, beteiligt?

64. Abgeordneter **Landré** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die mittelständischen freien Motoreninstandsetzer bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in stärkerem Maß zu berücksichtigen, und wird in dem oben genannten Fall den Richtlinien der Bundesregierung zur angemessenen Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen (vgl. Bundesanzeiger Nr. 111 vom 16. Juni 1976) entsprochen?

65. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Gasversorgungsunternehmen durch eine prohibitive Tarifgestaltung und/oder durch Verpflichtung für eine bestimmte Abnahmemenge den Einsatz von Wärmepumpen verhindern, und welche Maßnahmen will sie gegebenenfalls dagegen ergreifen?

66. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Konditionen für die Exportgarantien und Bürgschaften für die Berliner Wirtschaft zu verbessern?

67. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Gibt es Schwierigkeiten bei der Sicherung von Gemeinschaftslieferungen bundesdeutscher und ausländischer Herstellerfirmen in Drittländern, und wie ließen sich diese ausräumen?

68. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Welche Probleme gibt es bei der Exportbürgschaft, wenn die sowjetische Bank für Außenhandel nicht die volle Garantie für die Differenz zwischen obli-

gater und tatsächlicher Anzahlung übernimmt, und könnte an die Stelle dieser Garantie eine Rückhaftung der bundesdeutschen Lieferunternehmen treten?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

69. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Treffen Zeitungsmeldungen zu, daß im Ausschuß der ständigen Vertreter der EG die Bundesregierung den Ergebnissen über die Verhandlung für die Liste der sogenannten sensiblen Güter für die Einfuhr aus Jugoslawien deshalb mit Vorbehalt zustimmte, weil die Senkung des Zollsatzes für die Einfuhr von Sauerkirschen aus Jugoslawien von 12 v. H. auf 10 v. H. Interessen der Landwirtschaft zuwiderlaufe?

70. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um ihre Vertreter bei den Verhandlungen der EG klar zu instruieren, damit diese die vorherigen politischen Beschlüsse umsetzen?

71. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Wird die Bundesregierung bei der Haushaltsplanung 1981 aus der Tatsache, daß die Biologische Bundesanstalt im § 12 des Umweltchemikaliengesetzes als beteiligte Behörde genannt ist, Konsequenzen ziehen und die erforderlichen Stellen für das Personal im Haushalt 1981 einplanen?

72. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

In welchem Umfang werden diese Stellen in den Haushaltsplan eingebracht werden, damit diese wichtige Aufgabe auch sofort sinnvoll begonnen werden kann, und wäre es nicht richtiger, für die vorbereitenden Arbeiten bereits Stellenkonsequenzen im Jahr 1980 zu treffen?

73. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Wie hat sich die Inanspruchnahme der Förderangebote durch die nebenberuflichen Landwirte in den Jahren 1977, 1978 und 1979 entwickelt, und zwar bei der einzelbetrieblichen Förderung der Gemeinschaftsaufgabe und beim Agrarkredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau?

74. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Wie ist die Tendenz der Inanspruchnahme der Möglichkeiten durch die nebenberuflichen Landwirte bei den Modellvorhaben (z. B. Niederstetten oder Wipperfürth) und bei der staatlichen Beratung allgemein?

75. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die von der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung in Frankfurt im Bundesanzeiger Nr. 166 vom 5. September 1979 für den Export nach Drittländern angebotenen Getreidemengen in Höhe von 100 000 t Roggen und 407 000 t Weizen insbesondere von Ostblockstaaten nachgefragt werden?

76. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Gefahr, daß durch den Vollzug des Exports die auf Grund der sowjetischen Aggression verhängte amerikanische Getreideausfuhrsperre in die UdSSR unterlaufen wird, und was gedenkt die Bundesregierung auf Grund der europäisch-ameriknischen Solidaritätspflicht gegen eine Unterlaufung der US-Ausfuhrsperre zu tun?

77. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Hält die Bundesregierung die in der Bundesrepublik Deutschland praktizierte Umweltverträglichkeitsprüfung von Ausbringungsgeräten zur Verteilung bzw. zum Versprühen von Pflanzenschutzmitteln für Zwecke der Landwirtschaft für ausreichend, und wie beurteilt sie die Forderung nach einer obligatorischen saisonalen Überprüfung aller im Gebrauch befindlichen Ausbringungsgeräte zum Zweck einer gleichmäßigeren Verteilung der Ausbringungsmenge?

78. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie in der täglichen einzelbetrieblichen landwirtschaftlichen Praxis die Behälter für Pflanzenschutzmittel nach Gebrauch beseitigt werden und wo die Flüssigkeitsmengen verbleiben, die beim Reinigen der Ausbringungsgeräte für Planzenschutzmittel anfallen, und welche Maßnahmen hält sie für geeignet, um die bei dieser Praxis entstehenden Umweltprobleme zu beseitigen?

79. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Zusammenhänge zwischen der wachsenden Verschmutzung der Küstengewässer der Nordsee und der Ostsee, der Zunahme der Krankheiten bei Fischen und der daraus resultierenden Beeinträchtigung der Fischwirtschaft, insbesondere der Kutterfischer und der von ihnen betriebenen Fischverwertungsgenossenschaften vor, und wie beurteilt sie die daraus resultierende Beeinträchtigung des Angebots an Frischfisch für den Verbraucher?

80. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Fisch und Fischerzeugnisse ohne Kenntlichmachung und ohne Mengenbegrenzung mit Phosphatzusätzen hergestellt werden, und wenn ja, was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?

81. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für möglich und wünschenswert, die monatliche Rentenzahlung der ihrer Aufsicht unterliegenden Versicherungsträger so zu terminieren, daß sie an dem dem Monatsersten vorangehenden Wochentag ausgezahlt wird, falls der Monatserste auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag fällt?

82. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Trifft es zu, daß in der Bundesrepublik Deutschland im Wirtschaftsjahr 1977/78 insgesamt lediglich noch 562 419 landwirtschaftliche Betriebe mit fünf Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und mehr gab, dem gegenüber aber 627 589 landwirtschaftliche Unternehmer nach dem Gesetz über die Altershilfe für Landwirte beitragspflichtig versichert waren und somit künftig beihilfeberechtigt sind, und ist es mithin zu vermuten, daß auch außerlandwirtschaftlich Beschäftigte, die auch weniger als fünf Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche im Nebenerwerb bewirtschaften, landwirtschaftliche Altershilfe beziehen werden, sobald sie die Altersgrenze erreicht haben?

83. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Trifft es zu, daß rund 75 v. H. des landwirtschaftlichen Reineinkommens, d. h. des Gewinns, in der Bundesrepublik Deutschland von jenen 168 700 Betrieben erwirtschaftet wird, in denen eine Familienarbeitskraft in einem Monat etwa soviel verdient wie in den verbleibenden rund 674 900

landwirtschaftlichen Betrieben der Bundesrepublik Deutschland eine Familienarbeitskraft in einem ganzen Jahr, und hält die Bundesregierung gegebenenfalls diese Einkommensdisparitäten auch in der Zukunft für akzeptabel?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

84. Abgeordneter **Dr. Unland** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine und der Räte der Städte Gronau und Borken Bedenken, daß der Abzug der Berufsberatung aus den Arbeitsamtsnebenstellen Gronau und Borken eine Beeinträchtigung der auch von der Bundesregierung geförderten Politik zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie eine Benachteiligung für die in einen Beruf hineinwachsenden geburtenstarken Jahrgänge darstellt, und ist sie bereit, durch Einwirkung auf die Bundesanstalt für Arbeit auf eine Zurücknahme dieser Entscheidung hinzuwirken?

85. Abgeordneter **Dr. Unland** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Benachteiligung von Schwerbehinderten hinsichtlich der unentgeltlichen Beförderung im öffentlichen Personenverkehr in Gebieten mit unzulänglich ausgebautem öffentlichen Personenverkehr gegenüber Ballungsgebieten, und beabsichtigt sie, Ausgleichsmaßnahmen, etwa nach niederländischem Vorbild durch Ausgabe von Gutscheinen für Benzin, Taxifahrten o. ä. zu erwägen?

86. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)

Wie hoch werden sich die Mehraufwendungen der Rentenversicherungsträger belaufen, wenn man die Anspruchsvoraussetzung für das vorgezogene Altersruhegeld an Frauen (überwiegende versicherungspflichtige Beschäftigung bzw. Tätigkeit in den letzten 20 Jahren vor dem Versicherungsfall) in Zukunft wegfallen lassen würde?

87. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Welcher Stand hinsichtlich der Arbeitssicherheit und der arbeitsmedizinischen Vorsorge konnte seit Inkrafttreten des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit bisher erzielt werden?

88. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Welche Auswirkungen ergaben sich für solche Arbeitnehmer, denen entsprechend der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen dauernde gesundheitliche Bedenken attestiert werden?

89. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung im abgelaufenen Jahr des Kindes veranlaßt, um die nach Krankenkassenarten und Regionen stark unterschiedliche Quote der Inanspruchnahme der Kindervorsorgeuntersuchungen zu erhöhen?

90. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Sind im Bereich der Kindervorsorgeuntersuchungen Forschungsaufträge im Rahmen des Programms der Bundesregierung zur Förderung der Forschung und Entwicklung im Dienst der Gesundheit 1978 bis 1981 vorgesehen?

| | | |
|---|---|---|
| 91. | Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD) | Wie viele Arbeitnehmer, die 59 Jahre oder älter sind, stehen nach Kenntnis der Bundesregierung noch aktiv im Erwerbsleben, und welches sind gegebenenfalls die Gründe, die zu einer ständigen Zunahme des vorzeitigen Ausscheidens vor Erreichen der Altersgrenze führen? |
| 92. | Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU) | Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, dafür einzutreten, daß durch geeignete Maßnahmen erreicht wird, daß am Arbeitsplatz die Gesundheit von Nichtrauchern nicht durch Raucher gefährdet werden kann? |
| 93. | Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Forschungsprogramme „Humanisierung des Arbeitslebens" oder der Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund die Problematik Raucher – Nichtraucher am Arbeitsplatz weiter untersuchen zu lassen, um die Belastungen im einzelnen zu klären und abzubauen? |
| 94. | Abgeordneter **Stockleben** (SPD) | Darf ein Arzt nach dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz bei Versicherten der Krankenkassen Massagen, Wärmeanwendungen, medizinische Bäder, Krankengymnastik und andere physikalisch-therapeutische Maßnahmen verordnen, wenn er diese Therapie nach der von ihm erstellten Diagnose für erforderlich hält? |
| 95. | Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU) | Bezieht oder bezog Wolfgang Harich Leistungen von Sozialversicherungsträgern, die der Aufsicht des Bundesversicherungsamts unterstehen, und – bejahendenfalls – auf welcher Rechtsgrundlage? |
| 96. | Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD) | Bestehen bei der Bundesregierung Überlegungen, für extrem gesundheitlich gefährdete und erfahrungsgemäß geschädigte Berufsgruppen, wie z. B. Gießereiarbeiter, entsprechend einem Vorschlag der IG-Metall Baden-Württemberg mittelfristig eine vorgezogene Altersgrenze einzuführen? |
| 97. | Abgeordneter **Müntefering** (SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, einschlägige Behörden, Architektenverbände und Rollstuhlhersteller gezielt darauf hinzuweisen, daß die nach DIN 18024 vorgesehene Breite von 80 cm für Teleskoptüren in Aufzugskabinen für bestimmte Elektrorollstühle nicht ausreicht und daß gemeinsam eine Lösung ausgearbeitet werden muß, die allen Behinderten die Nutzung von Aufzügen ermöglicht? |

## Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

| | | |
|---|---|---|
| 98. | Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die in der Presse veröffentlichte Auffassung des ehemaligen Generalinspekteurs der Bundeswehr, General a. D. Wust, wonach in unserem Verteidigungssystem Lücken klaffen, und – falls das zutrifft – welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Tatsache, um die daraus für unser Land erwachsenden Gefahren abzuwenden? |
| 99. | Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß bei Prüfungen von Offizierbewerbern durch die Offizierbewerberprüfzentrale Abiturienten mit schlechterem Notendurchschnitt häufig bessere Prüfungs- |

ergebnisse erbringen als solche mit gutem Notendurchschnitt, was nach sich wiederholenden Feststellungen in aller Regel davon abhängen soll, in welchem Bundesland der betreffende Bewerber sein Abitur abgelegt hat, und – falls das bestätigt wird – worauf führt die Bundesregierung diesen Sachverhalt zurück?

100. Abgeordneter **Angermeyer** (FDP)

In welchem Umfang und mit wessen Genehmigung sind Bundeswehrfahrlehrer nebenberuflich als Fahrlehrer an zivilen Fahrschulen tätig?

101. Abgeordneter **Angermeyer** (FDP)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß diese Nebentätigkeit von Bundeswehrfahrlehrern eine unlautere Konkurrenz für zivile Fahrlehrer ist, da die Fahrschulen für zivile Fahrlehrer Sozialabgaben entrichten müssen, für Bundeswehrfahrlehrer hingegen nicht?

102. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Welche konkrete Aufgabenstellung ist mit der für den Generalmajor Bastian vorgesehenen z. b. V. Stelle beim Heeresamt verbunden, und welche gleichwertige Planstelle im Einzelplan 14 fällt damit weg?

103. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Bestehen im Bereich des Truppenübungsplatzes Baumholder für den Bau der neuen Panzerstraße (Falbersbach) und die Verlegung der Verladestation für Kettenfahrzeuge bereits baureife Pläne, und für wann sind die dafür nötigen Haushaltsmittel für diese zur Verkehrs- und Lärmentlastung der Stadt Baumholder so wichtige Maßnahme vorgesehen?

104. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Denkt der Bundesverteidigungsminister an die Einführung eines Pullovers mit Dienstgradabzeichen für die gesamte Bundeswehr, und wenn ja, wie sieht der Zeitplan dafür aus?

105. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Ist es richtig, daß dem Sonderkorrespondenten des NDR-Fernsehens, Hermann P. Reiser, der im vergangenen Jahr einen Film über die Bundeswehr drehte, Filmaufnahmen beim Aufklärungsgeschwader der Luftwaffe 51 „Immelmann" in Bremgarten und mit dem Generalmajor Bastian untersagt wurden, und welche Gründe gab es dafür?

106. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Trifft es zu, daß außerdem die Obersten Hauschildt (Leiter der Schule für psychologische Verteidigung, Euskirchen) und Dr. Hackl (Leiter des militärgeschichtlichen Forschungsamts, Freiburg) nur in Anwesenheit des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Dr. von Bülow, befragt werden sollten und dieser vorher die Fragen schriftlich eingereicht haben wollte, und welche Motive waren dafür maßgebend?

107. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich nach Einführung der Bundeswehrurlauberfahrkarte für Mannschaften und Unteroffiziere auf Zeit eine soziale Ungerechtigkeit dergestalt ergeben hat, daß z. B. ein lediger Hauptfeldwebel Z 15, für eine Wochenendfahrt mit der Deutschen Bundesbahn, weniger bezahlt als z. B. ein verheirateter Feldwebel mit Kind, der Berufssoldat ist und die gleiche Bundesbahnstrecke benutzt, und ist sie bereit, diese soziale Ungerechtigkeit in der Form zu beseitigen, daß allen versetzten oder komman-

dierten Berufssoldaten für die Zeit der Trennung von der Familie ebenfalls Bundeswehrurlauberfahrkarten erhalten?

108. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Kostenerstattung für eine Familienheimfahrt pro Monat kein adäquater Ausgleich ist und daß der zusätzliche Effekt der vorgeschlagenen Maßnahme eine Verringerung der „Wochenendunfälle" ist?

109. Abgeordneter **Besch** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Unteroffiziersheim des Marinestützpunktkommandos Glücksburg wegen Personalmangel die Küche seit dem 12. Oktober 1979 bis auf weiteres nicht mehr betreiben kann und damit wichtige Betreuungsmaßnahmen für die Unteroffiziere der Marine in diesem Bereich nicht mehr duchgeführt werden können, und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen.

110. Abgeordneter **Besch** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen der Ausschöpfung des Org-Umfangs der Marine die sogenannten Ordonanzen völlig abzuziehen?

111. Abgeordneter **Besch** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung vorgesehen, um die vielen Unteroffizierheime, die mit großem finanziellen Aufwand in der Vergangenheit erstellt worden sind, auch in der Zukunft optimal zu nutzen und damit den Unteroffizieren ein Mindestmaß an Fürsorge zu gewähren?

112. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung mit parlamentarischer Gepflogenheit vereinbar, wenn sie eine einheitliche Wehrsolderhöhung als Überstundenausgleich in Höhe von täglich 1,80 DM ab 1980 ankündigt, obwohl sie am 9. Dezember 1977 von allen Fraktionen gebeten wurde, vor weiteren Überlegungen zu dieser Frage grundsätzlich wegen der nicht mehr gegebenen Leistungsbezogenheit des Wehrsolds mit den zuständigen Gremien zu sprechen?

113. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Zentralisierung und Computerisierung bei der Bundeswehr dazu geführt hat, daß sich die Arbeits- und Dienstwege verlängert haben und die Truppe nur noch ausführendes Organ anonymer Personalentscheidungen ist, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesem Zustand abzuhelfen?

114. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Was folgert die Bundesregierung aus den Aussagen der Kompaniefeldwebel, die dahin gehen, daß – entgegen anders lautenden Darstellungen aus dem Bundesverteidigungsministerium – der Führer- und Unterführermangel in der Truppe wächst, u. a. weil die Verpflichtungsbereitschaft der Soldaten ständig sinkt?

115. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen aus der Truppe zu, daß 8 v. H. der einberufenen Wehrpflichtigen wegen gesundheitlicher Mängel sofort oder innerhalb kürzester Zeit wieder entlassen werden, die Truppe ohne Ersatzleute auskommen muß, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

116. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Sind die Klagen der Kompaniefeldwebel berechtigt, die die Unterbringung der Soldaten in einzelnen Kasernen als katastrophal schildern, u. a. berichten, daß Wehrpflichtige mit acht Mann noch dreistöckig

wohnen müssen, Kleiderschränke außerhalb untergebracht und die sanitären Verhältnisse mangelhaft sind, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

117. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Vergütung für Überstunden bei Soldaten in Höhe von 0,75 DM/h erst nach Bearbeitung folgender Dienststellen zur Auszahlung kommen kann: Vom Antragsteller zum Rechnungsführer, vom Rechnungsführer zur Truppenverwaltung, von der Truppenverwaltung zur personalbearbeitenden Dienststelle, von dieser zum zuständigen Wehrbereichsgebührnisamt, von dort nach erneuter Prüfung zur Auszahlung an den Antragsteller, und welche Möglichkeiten der Verkürzung des Instanzenwegs sieht sie gegebenenfalls?

118. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Hat die Bundesregierung Erkenntnis darüber, in welchem Maß wegen der geschilderten Umständlichkeit des Antragwegs seitens der antragsberechtigten Soldaten auf die Geltendmachung des Überstundenzuschlags verzichtet wird?

119. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß es Hauptleute im Generalstabsdienst gibt, die zum Beispiel schon 1 1/2 Jahre als G 4 einer Panzerbrigade verwendet werden und in dieser Eigenschaft Vorgesetzter von dienstgradhöheren Nachschubstabsoffizieren und Brigadeärzten sind?

120. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auch die Stellungnahme der parlamentarischen Opposition zu den Umständen der Versetzung von Generalmajor Bastian in der Wandzeitung des Bundesverteidigungsministeriums „Bundeswehr aktuell" abzudrucken, nachdem eine derartige Stellungnahme aus der sozialdemokratischen Wochenzeitung „Vorwärts" dort am 23. Januar 1980 abgedruckt worden ist?

121. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung den im Verwendungsbereich für Unteroffiziere und Offiziere unserer Bundeswehr entstandenen gewaltigen Verwendungsstau inzwischen mit seinen weit über diese Dienstgradbereiche hinaus auftretenden negativen Wirkungen, die bis in die Ebene der Wehrpflichtigen und in die Bereitschaft der Weiterverpflichtung hinein wirkenden negativen Folgen als gewichtiges, belastendes, aktuelles Problem erkannt, und was ist beabsichtigt, um hier zügig die nötige Abhilfe zu leisten?

122. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Welche zeitlichen Vorstellungen werden dabei zugrundegelegt?

123. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß Wehrpflichtige, die ihre Ausbildung beendet haben, etwa zum Zeitpunkt der Abschlußprüfung erfahren, ob und wann sie mit einer Einberufung zur Bundeswehr zu rechnen haben, nachdem sich herausgestellt hat, daß diesem Personenkreis erhebliche Nachteile daraus erwachsen, daß viele von ihnen entsprechend den Vereinbarungen bei Beginn des Ausbildungsverhältnisses nach Abschluß der Ausbildung vom bisherigen Arbeitgeber nicht weiterbeschäftigt, von einem neuen Arbeitgeber aber erst dann eingestellt werden, wenn der Grundwehrdienst abgeleistet ist?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

| | |
|---|---|
| 124. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU) | Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung getroffen oder gedenkt sie zu treffen, um zu vermeiden, daß anläßlich der Antragstellung auf einen Heizkostenzuschuß der Vermieter Einblick in die Einkommensverhältnisse der Mieter erhält oder ihm doch Rückschlüsse auf die Höhe des Einkommens der Mieter möglich sind? |
| 125. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD) | Sind der Bundesregierung Versuche des Auslands bekannt, die Erhaltung der Selbständigkeit älterer Menschen dadurch zu fördern, daß ihnen für den Fall akuter Hilfsbedürftigkeit kleine Sender zur Verfügung gestellt werden, die auf Knopfdruck per Telefon einen Computer anwählen, der wiederum automatisch Hilfspersonen alarmiert, und auf welchem Stand sind derartige Forschungsarbeiten in der Bundesrepublik Deutschland? |
| 126. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, in Modellversuchen die Praktikabilität solcher technischer Hilfsmittel zu erproben mit dem Ziel, die auch von ihr geförderte Erhaltung der Selbständigkeit und das Verbleiben älterer Menschen in der eigenen Wohnung so lange wie möglich zu unterstützen? |
| 127. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung die alarmierende Tatsache zur Kenntnis genommen, daß die bundesdeutschen Teilnehmer am Medical-board-Examen, das als Standardexamen zur Feststellung des Kenntnisstandes junger Ärzte in zur Zeit 96 Staaten gilt, seit Einführung der neuen Approbationsordnung für Ärzte erheblich in ihren Leistungen nachgelassen haben und beim letzten Test an 44. Stelle hinter Jamaika lagen, und wie erklärt sie sich diesen Leistungsabfall? |
| 128. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung nicht auch der Meinung, daß dieser Entwicklung allein mit einer Änderung der Approbationsordnung wirkungsvoll begegnet werden kann, insbesondere einer verstärkten Einbeziehung mündlicher Prüfungen in die Prüfungsordnung anstatt der zur Zeit vorrangig durchgeführten schriftlichen Prüfungen nach dem multiple-choice-Verfahren, und erkennt sie die Dringlichkeit der seit langem geforderten Novellierung der ärztlichen Approbationsordnung? |
| 129. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU) | Wie laufen Ausschreibungen und Vergabe von Forschungsaufträgen im Rahmen des Programms der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienst der Gesundheit 1978 bis 1981 ab? |
| 130. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU) | Wie lange ist die durchschnittliche Laufzeit der Entscheidung ab der Einreichung der Forschungsprojekte? |
| 131. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung die Behauptung einer Gruppe von Wissenschaftlern der Universitätsklinik für innere Medizin in München bekannt, durch die Einnahme der Antibabypille könnten Lebertumore ausgelöst werden, und hält sie in diesem Zusammenhang ein Eingreifen des Bundesgesundheitsamts für erforderlich? |

132. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, zur Abwehr von Suchtgefahren bei Kindern und Jugendlichen Programme zu fördern, wie sie beispielsweise in Schweden in der sogenannten ANT-Erziehung erprobt wurden, und welche anderen Maßnahmen erscheinen der Bundesregierung geeignet, langfristig den Konsum von Alkohol, Narkotika und Tabak bei Kindern und Jugendlichen zu senken?

133. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Welche wissenschaftlichen Arbeiten sind von wem durchgeführt worden, um die Unbedenklichkeit der Verwendung quecksilberhaltigen Amalgams zu überprüfen, und welche Schlußfolgerungen hat die Bundesregierung daraus gezogen, daß offensichtlich auch Bedenken auslösende wissenschaftliche Untersuchungen, wie die von Prof. Dr. T. Till, Leiter der Mundfloraforschungsstation am Pathologischen Institut Wien, vorliegen?

134. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft vom 25. Juli 1978, die u. a. regelt, daß die Vorbereitungszeit bei Zahnärzten und Ärzten, die bisher in der Bundesrepublik Deutschland zwei Jahre betragen hat, erst auf sechs Monate verkürzt wird und nach Ablauf von zwei Jahren ganz entfallen soll, in nationales Recht umzusetzen, und wie will sie sicherstellen, daß der bisher erreichte Stand in der praktischen Ausbildung und die Möglichkeit, Erfahrungen auch auf wirtschaftlichem und organisatorischem Gebiet zu sammeln, gewährleistet bleiben?

135. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß sich Bundesarbeitsminister Dr. Ehrenberg in der konzertierten Aktion dafür ausgesprochen hat, sich für eine Ausnahmeregelung für die Bundesrepublik Deutschland einzusetzen, und welche Initiativen sollen ergriffen werden, um diese Ausnahmeregelung zu erreichen?

136. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung neuere Untersuchungen, nach denen im Tabakrauch mehr als 40 krebserzeugende und mindestens ein Dutzend krebsfördernde Stoffe identifiziert worden sind, von denen weitaus der größte Teil – 68 v. H. bei Zigaretten mit und 77 v. H. bei Zigaretten ohne Filter – in die Umgebungsluft gelangen, wo diese Stoffe auch von Nichtrauchern inhaliert werden müssen?

137. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung mit dem Ergebnis der Untersuchungen überein, wonach Tabakrauch die bislang weitaus wichtigste Quelle krebserzeugender Nitrosamine in der Umwelt überhaupt ist und daß die vom Passivraucher stündlich aufgenommenen Mengen an Nitrosaminen Werte erreichen können, die dem Gehalt im Hauptstrom von bis zu 30 Zigaretten entsprechen?

138. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung das Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung (Heilpraktikergesetz) vom 17. Februar 1939, dessen ursprüngliche Zielsetzung die Reduzierung des Heilpraktikerstands war, noch für zeitgemäß, und ist sie bereit, auf die Länder dahin gehend einzuwirken, daß eine sinnvolle Anwendung in der

Weise erfolgt, daß festgelegt wird, welche „Kenntnisse und Fähigkeiten" ein Antragsteller vorweisen muß, damit die Ausübung der Heilkunde durch ihn keine Gefahr für die Volksheilkunde bedeutet?

139. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß wegen des angespannten Wohnungsmarkts von Konstanz und seiner deutschen Umgebung nach wohl zuverlässigen Schätzungen mindestens 400 Studierende, das sind mehr als 10 v. H. der Gesamtzahl aller Studierenden der Universität Konstanz, in der Schweiz wohnen (müssen), und daß diejenigen dieser Studenten, die an sich berechtigt wären, einen Heizölkostenzuschuß zu beantragen, wegen ihres Wohnsitzes keinen Heizölkostenzuschuß erhalten sollen, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, daß der beschlossene Heizölkostenzuschuß auch dem genannten Personenkreis zugutekommen kann?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

140. Abgeordneter **Landré** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß beim Gesetz über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr vom 9. Juli 1979 die Beförderung auf Eilzügen nicht mit einbezogen ist, und ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Tatsache, daß vielerorts der „Nahverkehr" vorwiegend durch Eilzüge bedient wird, diese Regelung entsprechend zu erweitern?

141. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Lärmschutzeinrichtungen an der Autobahn Rosenheim–Kufstein zur Abschirmung der Wohnsiedlungen Erlenau- und Innsiedlung im Gemeindebereich Oberaudorf zu errichten oder deren Errichtung finanziell zu unterstützen?

142. Abgeordneter **Prangenberg** (CDU/CSU)

Welche Gründe sind für die Bundesbahndirektion Essen der Deutschen Bundesbahn maßgeblich, die Stillegung der Stückgutabfertigung Oberhausen Hauptbahnhof kurzfristig durchzuführen, obwohl noch vor einigen Monaten die Bundesbahndirektion gegenüber der Stadt Oberhausen und der Industrie- und Handelskammer Essen erklärt hat, die Stückgutabfertigung auf unbestimmte Zeit aufrecht zu erhalten?

143. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den TÜV im Rahmen der Kraftfahrzeugkontrolle zu größerer Kundenfreundlichkeit anzuhalten?

144. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Sieht die Bundesregierung darüber hinaus Möglichkeiten, das Quasimonopol des TÜV bei der Kraftfahrzeugkontrolle durch ein wettbewerbsorientiertes System zu ersetzen?

145. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Ist der Bundesregierung ein Bericht des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung zur Überprüfung der Einhaltung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr bekannt, nach dem bei 73 v. H. von insgesamt 3 654 überprüften Unternehmen des Güter- und Personenbeförderungsverkehrs sich teilweise nicht unerhebliche Beanstandungen ergeben haben?

| | |
|---|---|
| 146. Abgeordneter **Merker** (FDP) | Liegen weitere derartige Berichte von anderen Bundesländern vor? |
| 147. Abgeordneter **Merker** (FDP) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Bestimmungen der Sozialvorschriften im Straßenverkehr durchzusetzen? |
| 148. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn noch immer beabsichtigt, auf der Strecke Burg-Gemünden und Nieder-Gemünden – Kirchhain den Schienenpersonenverkehr auf Busbedienung umzustellen, und womit begründet sie diesen Schritt? |
| 149. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Regional-Verkehr Köln GmbH ca. 30 neue Omnibusse für den öffentlichen Personennahverkehr erworben hat und zur Zeit zur Verwendung dieser Busse im Liniendienst versucht, Omnibusfahrer von privaten Busunternehmen abzuwerben, um auf diesem Weg einen eigenen Liniendienst aufzubauen und private Busunternehmen im Lauf der Zeit nicht mehr mit Aufträgen im öffentlichen Personennahverkehr zu betrauen, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang? |
| 150. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU) | Lassen diese Maßnahmen die Möglichkeit zu, daß die Regional-Verkehr Köln GmbH in ihrem Verkehrsverbund im Liniendienst des öffentlichen Personennahverkehrs eine Monopolstellung insbesondere in der Fahrpreisgestaltung anstrebt, und sieht die Bundesregierung darin eine Gefahr für die Existenz der kleinen und mittleren Betriebe im Omnibusgewerbe? |
| 151. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung angesichts der jüngsten Unfälle das Anlegen von Beckengurten in Omnibussen in Gefahrensituationen für erforderlich, und wird sie eine entsprechende Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung vorlegen? |
| 152. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU) | Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die internationale Regelung ECE 36 für den besseren Dachaufbau von Omnibussen in der Bundesrepublik Deutschland zwingend vorzuschreiben? |
| 153. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß bei Omnibussen – ähnlich der Lösung bei Straßenbahnen – in Ernstfällen der Busfahrer über Knopfdruck Streumittel ausgeben kann? |
| 154. Abgeordneter **Müller (Remscheid)** (CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung kompaktere Fensterstege und stabilere Sitze in den Omnibussen für erforderlich? |
| 155. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD) | Aus welchen Gründen und unter Maßgabe welcher gesetzlichen Vorschriften oder Verordnungen gibt es unterschiedliche Anforderungen in den Vorschriften für die Verankerungsqualität von Passagiersitzen in Luft- und Kraftfahrzeugen? |
| 156. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD) | Trifft es zu, daß in Luftfahrzeugen die Passagiersitze einer Vorwärtsbeschleunigung von neun Gramm standhalten müssen, während in Kraftfahrzeugen ein Wert von 20 Gramm gilt, und sieht die Bundesregierung deswegen einen Anlaß für die Überprüfung der einschlägigen Vorschriften? |

157. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Trifft es zu, daß die Mittel für den weiteren Ausbau der Bundesfernstraßen erheblich gekürzt werden und somit die Bauarbeiten bei der Ortsumgehung der B 388 um Eggenfelden sowie der B 12 in Simbach eingestellt werden müssen?

158. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Trifft es zu, daß auch der weitere Ausbau der Autobahn Regensburg, Passau/Suben eingestellt werden muß?

159. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Teilt der Bundesverkehrsminister die Ansicht, daß die schon lange Zeit vorgesehene Elektrifizierung der Bundesbahnstrecken Villingen – Schwennigen – Rottweil, Titisee – Neustadt – Donaueschingen und Immendingen – Tuttlingen endlich in Angriff genommen werden sollte?

160. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Falls ja, was unternimmt die Bundesregierung, um die Finanzierung der Elektrifizierung sicherzustellen?

161. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Werden für die Bundesfernstraßenplanungen in jedem Fall besondere Umweltverträglichkeitsprüfungen nach der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (besonderer Teil – GGO II – entsprechend der „Verfahrensmuster für die Prüfung der Umweltverträglichkeit öffentlicher Maßnahmen“) durchgeführt?

162. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Von wann und mit welchem Inhalt liegen für die A 33 zwischen Paderborn und Bielefeld (Anschluß A 47) einerseits und Bielefeld–Osnabrück andererseits Untersuchungen über den Verkehrsbedarf (Verkehrsbelastungen, Strukturwirkungen, Verkehrssicherheit, negative und positive Umweltauswirkungen) und ökologische Umweltverträglichkeitsprüfungen im Sinne des § 2 des Landschaftsgesetzes (NW) und des § 8 des Bundesnaturschutzgesetzes vor?

163. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Beträge fließen der Deutschen Bundesbahn im Haushaltsjahr 1980 zu, die aus der Kürzung der Mittel für den Bundesfernstraßenbau resultieren, und wofür sollen diese zusätzlichen Mittel verwendet werden?

164. Abgeordneter **Milz** **(CDU/CSU)**

Trifft es zu, daß nun endgültig linksrheinisch die neue Trasse der Bundesbahnstrecke Köln – Groß-Gerau gebaut wird, und bleibt es dabei, daß der geplante Rheinübergang in Wesseling vorgenommen wird?

165. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung umfassend Angaben machen über den Inhalt des Gesellschaftsvertrags, die Namen der Gesellschafter und die Stammeinlage der Regionalverkehr Köln GmbH?

166. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Welche konkreten Erkenntnisse haben die Bundesregierung zu der Feststellung veranlaßt, daß die sogenannte Bonner Südtangente von Ramersdorf nach Osten (A 3) entbehrlich sei, wie es in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Wrede auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Hammans heißt (siehe Stenographischer Bericht über die 197. Sitzung vom 18. Januar 1980), und sind diese Erkenntnisse mit den betroffenen Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises abgestimmt worden?

167. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Mißt die Bundesregierung dem verbleibenden Rest der sogenannten Rheintalstraße (Kreisstraße) zwischen den Autobahnzubringern Achern und Bühl, sowie ab Autobahnzubringer Baden-Baden bis zur B 462, noch eine Entlastungsfunktion für die Bundesautobahn 5 und die B 3 zu, nachdem der Bau des dazwischenliegenden Teilstücks vom Autobahnzubringer Bühl bis zum Autobahnzubringer Baden-Baden durch das Regierungspräsidium Karlsruhe und somit durch das Land Baden-Württemberg abgesagt worden ist?

168. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Für welchen Zeitpunkt sind im Bereich des Bahnhofes Vorsfelde Maßnahmen geplant, um die Unterbringung der Beamten der dortigen Grenzkontrollstelle zu verbessern und eine sachgerechte Abfertigungsanlage für den Warenverkehr zu gewährleisten?

169. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen konnten bisher die Baumaßnahmen an der Bundesbahnlinie Gießen-Koblenz in der Ortslage Stadt Solms (Überführung der L 3283, Unterführung Bahnhof Solms) nicht in Angriff genommen werden?

170. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Bundesbahn die Aufrechterhaltung der Personenschiffahrt auf dem Bodensee nicht von einer Beteiligung der Ufergemeinden an den Betriebskosten abhängig machen darf, und wie beurteilt sie die künftige Entwicklung dieser Personenschiffahrt?

171. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich bei der Bundesbahn dafür einzusetzen, daß die Attraktivität der Personenschiffahrt auf dem Bodensee dadurch gestärkt wird, daß Verbindungen zwischen Fremdenverkehrsgemeinden am deutschen Bodenseeufer – wie z. B. Kreßbronn – und den gegenüberliegenden Schweizer Ufergemeinden geschaffen werden?

172. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Firma Kronos-Titan-GmbH, Nordenham, größere Mengen hochgiftiger Abfälle (Eisensulfat, Dünnsäuren, Schwermetalle) ungeklärt in die Nordsee verklappt, und die Gefahr besteht, daß Fischeier, Plankton und Fisch dadurch abgetötet oder geschädigt werden, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um diesen Zustand zu beseitigen?

173. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Trifft es zu, daß für das zwischen 1964 und 1967 gebaute Teilstück der B 18 im Abschnitt Tautenhofen – Gebrazhofen – Waltershofen mit den betroffenen Grundstückseigentümern, insbesondere der Bauernschaft, erst jetzt die Schlußabrechnung vorgenommen wird, und daß noch keine Grundbucheintragungen und genauen Grenzbestimmungen erfolgt sind, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um die Behörden des Landes Baden-Württemberg, die im Auftrag des Bundes den Bau der B 18 durchgeführt haben, zu veranlassen, die ausstehenden Maßnahmen baldmöglichst vorzunehmen?

174. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Wann und in welcher Höhe hat die Bundesregierung dem Land Baden-Württemberg die im Zusammenhang mit dem Bau der B 18 im Abschnitt Tautenhofen – Gebrazhofen – Waltershofen entstandenen Zweckausgaben erstattet, und ist hier bereits die Schlußabrechnung erfolgt, und wenn nein, warum nicht?

175. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Wie groß (in Pkw-Einheiten) war die von der automatischen Zählstelle bei Geisingen ermittelte effektive durchschnittliche tägliche Verkehrsmenge auf den jeweiligen Richtungsfahrbahnen im Zuge der A 81 in den Monaten März, Juli und November 1979, und mit einer wie hohen prozentualen Steigerungsrate rechnet die Bundesregierung auf dieser Strecke bis zum Jahr 1990?

176. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Wird die Bundesregierung die Umgehungsstraße Stein – Neukirch im Zuge der B 54 in die diesjährige Fortschreibung des Programms zum Bau von Ortsumgehungen an Bundesstraßen aufnehmen?

177. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Inwieweit wäre die Bundesregierung bereit, Mittel, die für die Errichtung von Füllsendern durch die Rundfunkanstalten bereitgestellt werden, umzuschichten, d. h. für Verkabelung unversorgter Gebiete zu verwenden und dadurch eine wesentlich bessere Versorgung der Teilnehmer bei erheblicher Reduzierung der Kosten zu erreichen?

178. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Entspricht es den Tatsachen, daß die Deutsche Bundespost die Entstörung von Telefongeräten am Abend, an Wochenenden und an Feiertagen zwar – erfreulicherweise – künftig ermöglichen will, dafür jedoch eine Gebühr von 40 DM „für den besonderen Aufwand" zu erheben beabsichtigt, und wenn ja, womit wird die Höhe dieser Gebühr gerechtfertigt?

179. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Welche konkreten Folgerungen zieht die Deutsche Bundespost aus dem Forschungsbericht „Schichtarbeit in der Bundesrepublik Deutschland" des Bundesarbeitsministers und der von einer Arbeitsgruppe des Bundespostministeriums erstellten „Problemanalyse der Schichtarbeit bei der Deutschen Bundespost", insbesondere aus den folgenden Forderungen dieser Berichte: Abschaffung der Dauer-Nachtschicht und Verbot der Beschäftigung von Frauen mit minderjährigen Kindern in Schicht- und Nachtarbeit?

180. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Was tut die Bundesregierung, um die internationale Entwicklung der Satellitenübertragungstechnik für Sprache, Daten, Text und Bild auch für die Bundesrepublik Deutschland als Alternative zur Breitbandverkabelung nutzbar zu machen, und welche Stellung bezieht sie zur Genehmigung von Satellitenantennen durch die Deutsche Bundespost auf Hausdächern, insbesondere auch für kommerzielle digitale Übertragung?

181. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, durch geignete Schnittstellendefinitionen die Einrichtung innerbetrieblicher Kommunikationssysteme, über die Teilnehmer mit unterschiedlichen Endgeräten zu verschiedenen Datennetzen für Sprache, Daten, Text und Bilder Zugriff haben, ohne weitere Regulierungen durch die Deutsche Bundespost zu ermöglichen?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

182. Abgeordneter **Gattermann** (FDP)

Hält die Bundesregierung die gegenwärtige Praxis im steuerbegünstigten Wohnungsbau für sinnvoll, nach der nur Wohnungen mit einer Mindestwohnfläche als steuerbegünstigt anerkannt werden, wenn dies dazu führt, daß sozial schwächere Familien, die sich nur kleinere Wohnungen leisten können, die Steuerbegünstigung nicht erhalten, während finanzstärkere Familien, die größere Wohnungen erwerben, in den Genuß der Steuerbegünstigung kommen?

183. Abgeordneter **Gattermann** (FDP)

Hält es die Bundesregierung insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit für vertretbar, daß Familien mit Kindern, die sich unter Anspannung aller finanziellen Mittel eine kleine Zweitwohnung kaufen, die Steuerbegünstigung nicht erhalten, während bei Ehepaaren oder Alleinstehenden mit gleichen finanziellen Verhältnissen gleichgroße Wohnungen als steuerbegünstigt anerkannt werden?

184. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung als Miteigentümer den vom Aufsichtsrat der Frankfurter Siedlungsgesellschaft gestellten Modernisierungsantrag der Wohnanlage Bergersheimer Weg hinsichtlich seiner wohnungspolitischen und energieeinsparenden Bedeutung?

185. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die beantragten Maßnahmen an den Außenfassaden und den Fenstern einschließlich der Holzhäuser zu bewilligen, und bis wann ist damit zu rechnen?

186. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in ländlichen Räumen das Bundesbaugesetz wegen des generellen Baustopps im Außenbereich erhebliche Härten für die betroffene Bevölkerung schafft und daß sich Länderregierungen, wie z. B. die bayerische Staatsregierung, jeweils ausdrücklich auf das Bundesbaugesetz berufen, wenn diesbezüglich Bauanträge der einheimischen Bevölkerung abgelehnt werden, und ist die Bundesregierung bereit, eine Novellierung des Bundesbaugesetz dahin gehend in die Wege zu leiten, daß in den unterschiedlich strukturierten ländlichen Regionen der Bundesrepublik Deutschland jeweils praktikable Regelungen ermöglicht werden?

187. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen frühere Aussagen der Bundesregierung auch heute noch voll zu, es liege in der Zuständigkeit der einzelnen Bundesländer, ihr Landesbaugesetz im Rahmen des Bundesbaugesetzes so auszugestalten, daß den jeweiligen Besonderheiten des Landes und den Bedürfnissen der Bevölkerung auch Rechnung getragen werden kann, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, sehr eng gefaßte Verwaltungsgerichtsentscheidungen im Wege der Gesetzgebung zu lockern?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

188. Abgeordneter **Männing** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Reichsbahn (DR), die auf Grund alliierter Vereinbarungen aus der Nachkriegszeit den Fern- und S-Bahn-Verkehr auch in West-Berlin betreibt, etwa 80 West-Berliner Beschäftigte in den Reichsbahnausbesserungswerken Tempelhof und Grunewald mit einer Kündigungsfrist von nur vierzehn Tagen und ohne, daß ein Sozialplan vorgelegen hat, entlassen hat, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten – etwa durch Einschaltung der Alliierten –, die soziale Absicherung West-Berliner Beschäftigter bei der Deutschen Reichsbahn zu verbessern, zumal weitere Entlassungen nicht ausgeschlossen sind?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

189. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Versorgungslage bei reinem, einkristallinem Silicium, wie es insbesondere für die Bauelementeindustrie notwendig ist, und welche Maßnahmen will sie gegebenenfalls ergreifen, um Massenfertigungsverfahren für diesen Bereich so zu fördern, daß sich für die Entwicklung der Datenverarbeitungsindustrie keine Engpässe ergeben?

190. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das sogenannte Zinn-Nitrid-Verfahren zur Behandlung bestrahlter Brennelemente, wie es jetzt in den USA entwickelt worden ist, und plant sie eigene Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen auf diesem Gebiet?

191. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Welche Betriebe im Bereich des Bezirks der Industrie- und Handelskammer Wuppertal – Solingen – Remscheid haben seit 1972 Bundesmittel zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben erhalten?

## Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

192. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche Erfolge haben die Bemühungen der Bundesregierung um Öffnung der Hochschulen gebracht, und in welchen Fächern gibt es zur Zeit noch den Numerus-clausus?

193. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche Notwendigkeiten sieht die Bundesregierung zum weiteren Ausbau unseres Hochschulwesens hinsichtlich der heranrückenden geburtenstarken Jahrgänge und der zunehmenden Aufgaben der Hochschulen im Weiterbildungsbereich?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

194. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung veranlaßt, das Projekt der Technischen Zusammenarbeit in El Salvador „Aufbau und Betrieb ländlicher Dienstleistungseinrichtungen im Bewässerungsdistrikt Atiocoyo" zu unterbrechen bzw. abzubrechen?

Bonn, den 8. Februar 1980